Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1149; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 147. **Halle a. S., Dienstag, den 28. März.** **1911.**

Ein „Mißbrauch" des geistlichen Amtes.

Kaum hat das Brandenburgische Konsistorium, Abteilung Berlin, den Pfarrern der Großstadt Berlin durch die zuständigen Superintendenten jene halb vertrauliche Verfügung zugehen lassen, durch die ihnen der Besuch der Religionsgespräche und ähnlicher Veranstaltungen monistisch gesinnter Vereine als „nicht erwünscht" im Interesse des geistlichen Amtes (ohne Rechtskraft und auch ohne tatsächlichen Erfolg) sanft verboten wurde, und schon ist wiederum eine neue Verkehrssperre für die Berliner Pfarrer da; das hochwürdige Konsistorium verbietet ihnen, man höre und staune, den Besuch der für Dienstag abend angesetzten Berliner Protestkundgebung in der Angelegenheit des Kölner Pfarrers Jatho! Den liberalen Pfarrern, die als Redner in der Diskussion vorgesehen sind, ging der Erlaß bereits am Sonntag abend zu, die übrigen Pastoren erhielten ihn Montag früh. Das famose Schriftstück darf nicht in den Studierstuben der Pfarrer einstauben, es gehört unverzüglich zur Kenntnis der Oeffentlichkeit; es hat, wie die „Voss. Ztg." mitteilt, folgenden Wortlaut:

„Nach einer in der ersten Beilage zu Nr. 72 des „Reichsboten" vom 25. März 1911 enthaltenen Nachricht beabsichtigen die Anhänger des Pfarrers Jatho in Köln, Ende dieses Monats den Pfarrer Radecke aus Köln nach Berlin zu entsenden, der hier über den Fall Jatho sprechen wird. Dazu soll eine große Kundgebung geplant sein, zu der sich der Deutsche Protestantenverein, der Berliner Unionsverein und der Berliner kirchlich-liberale Zentralwahlverein zusammengetan haben. Sofern diese Nachricht zutrifft und die beabsichtigte Kundgebung stattfindet, würden wir in dieser eine öffentliche Veranstaltung erblicken, wie solche in dem Erlasse des Evangelischen Oberkirchenrats vom 8. Febr. 1907, Amtliche Mitteilungen Seite 23, als Mißbrauch gekennzeichnet worden ist. Eine tätige Mitwirkung bei dieser Veranstaltung müssen wir daher für einen Geistlichen der evangelischen Landeskirche als durch die Pflichten seines Amtes ausgeschlossen erachten, zumal es sich um eine Angelegenheit handelt, die noch in dem gesetzlich geordneten Verfahren anhängig ist. Kgl. Konsistorium."

Wie das zitierte Blatt hört, hat noch in der Nacht von Sonntag auf Montag im Hause des ehrwürdigen Führers des Berliner kirchlichen Liberalismus, Schrader, eine Sitzung zur Stellungnahme stattgefunden. Man ist selbstverständlich entschlossen, diese Bevormundung der Pfarrer durch die Kirchbehörde gebührend zurückzuweisen; die Liste der Diskussionsredner für die Protestversammlung am Dienstag bleibt unverändert, es stehen auf ihr drei liberale Berliner Pfarrer: Dr. Max Fischer, Dr. Lic. Hollmann, Lic. Frederking. Und wenn noch etwas gefehlt hätte, die Protestkundgebung für Jatho und das Recht des freien Protestantismus in der Kirche der Reformation in Feuer zu setzen und in Schwung zu bringen, so wäre das durch diese Verfügung des Konsistoriums bestens erreicht. Zu dem Erlaß selbst ist nichts hinzuzufügen; von einem Mißbrauch des Amtes durch die Teilnahme an einer kirchlichen Versammlung, deren Charakter und deren Verlauf weder bekannt noch selbst durch die Gabe der Weissagung vorherzubestimmen ist, kann man nur im Gefühl bedenklicher eigener Schwäche und unter dem Einfluß des vatikanischen Kriegszuges des als Ideal beneideten heiligen Vaters in Rom reden. Und Reden, die ein Pfarrer noch gar nicht gehalten hat, könnten ihm nicht einmal für eine Anarchistenversammlung von einem protestantischen Kirchenregiment grundsätzlich verwehrt werden. Aber man sieht mit wachsender Klarheit, wohin die Fahrt gehen soll! Die „Voss. Ztg." schließt: Die protestantische Bevölkerung Groß-Berlins, einschließlich ihrer liberalen Pfarrer, wird dem Konsistorium und dem Oberkirchenrat die Antwort im Geiste Luthers nicht schuldig bleiben im Kaisersaal des Landwehroffizierkasinos in der Hardenbergstraße. Der Kirchbehörde gebührt schon im voraus der Dank für diese Förderung des kirchlichen Liberalismus.

Die auswärtige Politik in der Budgetkommission.

Auf der Tagesordnung der Budgetkomission des Reichstags stand am Montag der Etat des Auswärtigen Amtes. Auf Anregung eines nationalliberalen Mitgliedes äußert sich Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter über die Marokkofrage. Der Staatssekretär bemerkte dazu: Von einer Aufgabe der Algeciratsakte sei keine Rede. Die Akte sei gerade dazu da, um zu verhindern, daß Marokko von irgend einer Macht eingesteckt werde. Die Beobachtung der Bestimmungen dieser Akte sei die Forderung, die als roter Faden durch alle Besprechungen gehe, die über Marokko geführt werden.

Von konservativer Seite wird die Frage der Fremdenlegion angeschnitten. Der Redner wünscht eine Verständigung darüber, daß ohne Zustimmung der Heimatbehörde niemand in eine fremde Armee aufgenommen werde. Ein nationalliberales Mitglied der Kommission sieht in der Fremdenlegion eine Rückständigkeit, deren sich die französische Nation nach geeigneten Vorstellungen nicht mehr schuldig machen werde. Staatssekretär von Kiderlen-Wächter erklärt, den zur Sprache gebrachten Fall des Eintritts eines Minderjährigen in die französische Fremdenlegion werde das Auswärtige Amt auf dem Wege der Reklamation verfolgen. Es sei begründete Aussicht, den jungen Mann freizubekommen. Die französische Regierung habe hier mitteilen lassen, daß sie bei der Rekrutierung der Fremdenlegion wieder wie früher verfahren werde. Junge Leute unter 18 Jahren sollen nicht angenommen oder, wenn es geschehen wäre, auf Reklamation freigegeben werden. Die französische Regierung hat auch ausdrücklich gesagt, künftig überhaupt jeden Fall, der zur Sprache gebracht werde, zu prüfen und der Reklamation Folge zu geben, wenn besondere Gründe dafür vorliegen sollten. Mehr sei gegenwärtig nicht zu erreichen. Zum Bezirkt auf die fremde Rekrutierung könne man die französische Regierung nicht zwingen; dazu gebe es kein Mittel.

Ueber die Zustände in Portugal äußert sich der Staatssekretär auf eine Anfrage folgendermaßen: Die Situation sei unerfreulich. Wir hätten wegen des Privateigentums der ausgewiesenen deutschen Ordensschwestern und eines anderen Deutschen Schwierigkeiten. Die bisherigen Vorstellungen hätten kein Ergebnis gehabt, und man erwäge deshalb jetzt, welche weiteren Mittel anzuwenden seien. Die Vertretung des Reiches sei in guten Händen. Der Geschäftsträger, der gerade in den Revolutionstagen eintraf, habe sich der ihm obliegenden Aufgaben mit großer Sorgfalt angenommen. Die Sachen könnten auch, wenn ein Gesandter in Lissabon wäre — der gegenwärtige Gesandte befinde sich krankheitshalber auf Urlaub — nicht besser geführt werden. Auch die Konsulatsgeschäfte seien in guter Hand, sie würden von dem Sohne des verstorbenen Konsuls geführt, der die Geschäfte von seiner Tätigkeit während der Amtsführung seines Vaters gut kenne und mit den Verhältnissen Portugals, wo er aufgewachsen sei, durchaus vertraut sei.

Der Fonds für geheime Ausgaben ist nach dem Etatanschlag der Regierung von einer Million auf eine Million dreihunderttausend Mark erhöht. Vom Zentrum wird beantragt, die Mehrforderung von 300 000 Mark zwar zu bewilligen, aber in einen besonderen Titel zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland. Dieser Fonds soll übertragbar sein und ausschließlich zur Verfügung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes stehen. Die Jahresrechnungen über diesen Fonds sollen der alleinigen Prüfung der Reichsschuldenkommission unterliegen, die auch die Entlastung erteilt.

Von fortschrittlicher Seite wird betont, daß ein gewisses Mißtrauen nicht unterdrückt werden könne, so lange das Nachrichtenbureau des Auswärtigen Amtes auch den Dienst in der inneren Politik versehe. Innere und äußere Politik dürften nicht miteinander verquickt werden. In der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes müsse ausschließlich äußere Politik getrieben werden, dann erst werde das Mißtrauen gegen den Geheimfonds verschwinden.

Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter erwidert, er habe bereits für seine Person nach Möglichkeit demgemäß verfahren. Eine Teilung des Bureaus und Trennung der beiden Abteilungen sei bereits erwogen. Der Wortführer der Sozialdemokraten lehnt den Geheimfonds unter allen Umständen ab, da er Bestechung und Spionage fördere. Eine Trennung zwischen innerer und äußerer Politik sei unmöglich. Der Antrag des Zentrums wird hierauf genehmigt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung vom Montag, 27. März.

Am Ministertisch: **v. Trott zu Solz.**
Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min.

Die dritte Lesung des Etats

wird fortgesetzt beim

Kultusetat.

Hierzu liegen vor: eine Zentrumsresolution auf Erhöhung der Entschädigung an Elementarlehrer für die Teilnahme an amtlichen Kreiskonferenzen; ein Antrag Dr. Friedberg (Ntl.) auf nachhaltige Förderung der Jugendpflege und Vorlegung einer Denkschrift über diese und ein Antrag Aronsohn (Vp.), diese Bestrebungen möglichst im Anschluß an die Zentralstelle für Volkswohlfahrt zu fördern.

× Abg. Dr. **Kaufmann** (Ztr.) lehnt den Antrag Aronsohn ab, ebenso die vom Abg. Friedberg verlangte Denkschrift, da das einschlägige Material bereits gesammelt vorliege. Im übrigen befürwortet Redner eifrigste Förderung der Jugendpflege im christlichen Geist, um ein Gegengewicht zu haben gegenüber der sozialdemokratischen Arbeit unter der Jugend, die genügend dadurch gekennzeichnet sei, daß in den sozialdemokratischen Jugendbüchereien Corvins „Pfaffenspiegel" zu finden sei.

Auf Antrag des Abg. Frhrn. v. Zedlitz (frk.) werden einstimmig die drei Anträge gemäß der früheren Verabredung bis nach Erledigung des Etats zurückgestellt.

× Abg. Dr. **Hintzmann** (ntl.): In den Lehrplänen unserer höheren Schulen könnte eine Reihe von Gegenständen abgekürzt, zum Teil auch ganz ausgeschaltet werden, ohne daß die Allgemeinbildung Schaden leidet. Der Unterricht muß intensiv sein, um auch die Schüler an intensives Arbeiten zu gewöhnen. Der Minister führte seinerzeit aus, daß wir uns im höheren Schulwesen in einer

Periode der Stagnation

befänden, und daß es notwendig sei, die gewonnenen Erfahrungen zu verwerten. Wir haben aber nichts wahrgenommen, was in der angedeuteten Richtung sich bewegt hätte. Wir richten daher an die Unterrichtsverwaltung die Frage, ob jene allgemeinen Gedanken sich schon zu bestimmten Plänen verdichtet haben.

Abg. **Ernst** (Vp.): In der Besoldung der Kreisschulinspektoren herrschen kolossale Unterschiede. Besonders sind die Nichtakademiker im Nachteil. Der Grund hierfür liegt in den Anstellungsbedingungen. Es herrscht nämlich der Grundsatz, daß bei Berufung von Schulmännern zu Kreisschulinspektoren diese in das Gehalt einrücken, das sie in ihrer früheren Stellung bezogen haben. Die Akademiker erleiden dabei keinen Nachteil, weil das Gehalt an höheren Lehranstalten ähnlich gestaltet ist wie bei den Kreisschulinspektoren. Sie erreichen also ihr Höchstgehalt in dem normalen Alter von 50 und einigen Jahren. Anders ist es bei den Seminaristen, die früher Rektoren oder Seminarlehrer gewesen sind. Diese Schulmänner haben in der Regel schon ein Durchschnittsalter von 40 oder 42 Jahren und müssen in den meisten Fällen mit dem Minimalgehalt von 3000 Mark beginnen, viele von ihnen erreichen das Höchstgehalt überhaupt nicht oder nur bei außerordentlicher Langlebigkeit. Unter diesen Kreisschulinspektoren gibt es im östlichen Preußen zum Beispiel ein Dutzend, die ein Gehalt von 4200 Mark beziehen, von denen der Jüngste etwa 40 Jahre und der Aelteste bereits 59 Jahre ist. Da diese Herren sich im Amte bewährt haben müssen, bevor sie zu Kreisschulinspektoren berufen werden, so ist es nur recht und billig, daß sie Gelegenheit hätten, ihr Höchstgehalt auch in einem normalen Alter von 50 und einigen Jahren zu erreichen. (Sehr richtig! links.) Bei dem großen Wohlwollen, das im Ministerium für die Kreisschulinspektoren herrscht, darf angenommen werden, daß es nur dieser Anregung bedarf, um die Anstellungsgrundsätze in bezug auf das Gehalt abzuändern. In der Sitzung vom 11. März hat sich der Abg. Heckenroth darüber aufgehalten, daß sich angeblich Volksschullehrer in Königsberg an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt hätten, ohne gegen die dort geführten Reden Protest einzulegen. Nach einem mir soeben zugegangenen Schreiben des Königsberger Lehrervereins werden die Angaben des Abgeordneten Heckenroth zurückgewiesen, und es wird erklärt, daß überhaupt kein Lehrer sich an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt habe, wenigstens sei weder in den Berichten der verschiedenen Zeitungen, noch in der Lehrerschaft etwas darüber bekannt geworden. (Hört, hört! links.) Die Versammlung verwahrt sich also gegen die Unterstellungen, die den Königsberger Lehrern gemacht worden sind und nimmt außerdem das Recht für sich in Anspruch, sich gegebenenfalls auch an politischen Versammlungen irgend einer Parteirichtung zu beteiligen.

× Abg. Graf **v. d. Groeben** (kons.): Wir freuen uns, wenn die Jugend mit deutschen Fahnen hinauszieht. Wenn aber dies die Wirkung hat, daß

die preußische Fahne

vollständig verschwindet, so ist das nicht erwünscht. Die Einigkeit des Deutschen Reiches baut sich auf der preußischen Machtstellung auf. Und wir wollen, daß auch unsere Jugend in diesem Geist erzogen wird, daß die Männer, welche berufen sind, die Einigkeit des Deutschen Volkes zu erhalten, die Liebe zur Heimat als erstes Fundament erhalten. Die Fahne ist nicht nur ein Stück Zeug, sie ist ein Symbol der Treue. Wir bitten die Regierung, dafür zu sorgen, daß die preußische Fahne unserer Jugend nicht verloren geht.

× Abg. **v. Trampczynski** (Pole) fordert für die Polen die zweisprachige Volksschule und bringt Klagen über Schikanierung polnischer Privatlehrer vor.

× Abg. Graf **Henckel v. Donnersmarck** (Ztr.) ersucht den Minister, dafür zu sorgen, daß die Kirchensteuer für die katholischen Kirchengemeinden Berlins zugleich mit den Kommunalabgaben eingezogen werde.

× Abg. Dr. **Lohmann** (ntl.) äußert Beamtenwünsche.

× Abg. Dr. **Schepp** (Vp.) wendet sich gegen eine amtliche Förderung des Neuen preußischen Lehrervereins, dessen Verbindung mit dem Bund der Landwirte Dr. Hahn kürzlich bestritten hat. Dabei hat es Dr. Hahn in einem vertraulichen Brief selbst zugegeben. In Labiau-Weblau sind freisinnige Lehrer wegen ihrer politischen Betätigung vernommen worden! In Berlin werden Erkundigungen über Rektoratskandidaten durch Polizisten eingezogen.

× Kultusminister **v. Trott zu Solz**: Es ist in einer Großstadt wie Berlin außerordentlich schwer, zutreffende Informationen über eine einzelne Person zu erhalten. Selbstverständlich muß das mit dem erforderlichen Takt geschehen. Das gilt auch für die politische Agitation der Lehrer. Er kann für die Bestrebungen jeder bürgerlichen Partei arbeiten, natürlich nicht in heftiger Weise und mit der Reserve, die jeder Beamte beobachten muß. Aus der Tatsache, daß ein höherer Beamten eine Versammlung des Neuen preußischen Lehrervereins besucht, kann man doch nicht den Schluß einer amtlichen Förderung ziehen.

× Abg. Dr. **Pachnicke** (Vp.) spricht für Berücksichtigung der Universität Königsberg durch die Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft und für den Bau einer Universitätskinderklinik.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

× Abg. **Ströbel** (Soz.): Unsere Partei ist überhaupt nicht zu Worte gekommen.

Es folgt der

Etat der Eisenbahnverwaltung.

× Abg. **Göbel** (Ztr.) weist auf die Vorzüglichkeit der oberschlesischen Gaskohle für den Eisenbahnbetrieb hin.

× Abg. Dr. **Schröder-Cassel** (ntl.) bittet, den Ausgleich der Gehälter zwischen den Beamten der preußischen Eisenbahnen und der Reichseisenbahnen womöglich schon im nächsten Jahre herbeizuführen.

× Abg. **Engelbrecht** (frk.) bespricht Eisenbahnverhältnisse in Schleswig und führt Klage, daß die Stadt Glücksstadt durch die Art der Eisenbahnanlage geschädigt werde.

× Minister **v. Breitenbach**: Die Regierung erkennt die Berechtigung dieser Wünsche an und wird versuchen, wieweit sie erfüllt werden können.

× Abg. **Wenke** (Vp.) schließt sich dem Abg. Dr. Schröder an und bringt dann Beschwerden über Härten bei Anwendung von Ausnahmetarifen vor.

× Abg. **v. Hennigs-Techlin** (kons.) bedauert, daß die Assistentenfrage in diesem Etat nicht gelöst werden kann, hofft aber, daß dies nächstes Jahr geschehen könne.

× Abg. Dr. **Friedberg** (ntl.): Der jetzige Finanzminister hat sich in bezug auf die Anleihepolitik in Widerspruch mit seinem Vorgänger gesetzt. Für die Entscheidung der Frage, in welcher Höhe die Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben werden sollen, ist die Frage, wie hoch das Eisenbahnextraordinarium dotiert werden soll, von einschneidender Bedeutung. Wir werden die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110328019/fragment/page=0001

Band mit dazu bieten, daß neue Steuerzuschläge erhoben werden nur zu dem Zweck, das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung in der gewünschten Höhe zu halten.

× Minister **v. Breitenbach:** Die ausführliche Beantwortung der Fragen des Vorredners muß ich dem Finanzminister überlassen. Wir würden uns dagegen sträuben, wenn das Extraordinarium verkürzt würde.

× Abg. Dr. **Gottschalk** (ntl.) betont die Gefährlichkeit der Gasbehälter an den Waggons bei Zusammenstößen und befürwortet die Einführung der elektrischen Beleuchtung.

× Abg. Dr. Runze (Vp.) tritt für eine Lohnaufbesserung der Bahnunterhaltungsarbeiter, wenigstens auf die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes ein.

× Abg. **v. Hennigs-Techlin** (kons.) erwidert dem Abg. Dr. Friedberg, daß eine Kürzung des Extraordinariums eine Hemmung der gesunden Fortentwickelung der Eisenbahn bedeuten würde.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

× Abg. **Leinert** (Soz.): Uns ist wieder das Wort abgeschnitten worden. Jeder Redner muß sich heute erst beim konservativen Oberpräsidenten die Erlaubnis zum Reden holen.

Der Etat der Bauverwaltung.

× Abg. **v. Arnim**-Züsedom (kons.): Bei dem Bau des Kanals von der Weser bis Hannover sind die Wünsche der Hannoveraner mit besonderem Nachdruck betont worden, weil sie in dem dem Minister nachgeordneten Stellen eine Unterstützung gefunden haben. Der Redner wendet sich dann gegen einen Beschluß des Westfälischen Provinzial-Landtages, der sich gegen die Einführung des Schleppmonopols auf dem Dortmund-Ems-Kanal ausgesprochen hat.

× Minister **v. Breitenbach:** Die Majorität dieses Hauses hat sich seinerzeit für Einführung des staatlichen Schleppmonopols ausgesprochen, weil nur durch eine einheitliche staatliche Leitung eine Ausnützung und ein gedeihlicher Betrieb dieses Schleppdienstes möglich ist. Daher werden wir auch dem Wunsche, das Schleppmonopol nicht einzuführen, nicht entsprechen. Im übrigen steht die Staatsregierung auf dem Standpunkt, daß sie den Bau des Kanals bis Hannover auszuführen hat, während der Bau der Häfen den Gemeinden obliegt. Dieser Standpunkt wurde von allen Gemeinden gebilligt, nur Hannover machte eine Ausnahme. Eine Verpflichtung, einen zweiten Hafen für Hannover zu bauen, liegt nicht vor.

× Abg. **v. Bülow**-Homburg (ntl.) beklagt, daß in den Berliner Vororten immer noch so viele Fünf-Etagen-Häuser gebaut werden.

× Abg. **v. Woyna** (frk.) begrüßt es, daß die Aussichten für ein Zustandekommen der Schiffahrtsabgaben sich gebessert haben. Auch er halte am Schleppmonopol fest.

× Abg. **Schmedding** (Ztr.): Das Schleppmonopol würde für den Dortmund-Ems-Kanal eher schädlich als nützlich sein. Die Provinz Westfalen hat die Garantie für den Dortmund-Ems-Kanal nur unter der Bedingung der Nichteinführung des staatlichen Schleppmonopols übernommen.

× Abg. **Leinert** (Soz.): Der Minister hat es so dargestellt, als wäre der Anschluß Hannovers an den Kanal ein Geschenk, für das Hannover dankbar sein müsse. Davon kann gar keine Rede sein. Der Kanal muß unbedingt bis Magdeburg fortgesetzt werden.

× Abg. Dr. **Beumer** (ntl.): Die heutige Debatte hätte sich erübrigt, wenn man die Dortmund-Ems-Frage in den Wasserstraßenbeiräten zur Diskussion gestellt hätte.

× Unterstaatssekretär Frhr. **v. Coels van der Brügghen:** Die Frage wird in nächster Zeit dem Gesamtwasserstraßenbeirat vorgelegt werden.

Der Justizetat.

× Abg. **Partscher** (Ztr.) wünscht eine Aenderung des Stempelsteuergesetzes im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden.

× Abg. Dr. **Mizerski** (Pole) fordert bessere Ausbildung der polnischen Dolmetscher.

× Abg. Dr. **Liebknecht** kommt nochmals auf die Moabiter Prozesse zurück. Auch das Gericht habe anerkannt, daß die umfangreiche Beweisaufnahme notwendig war und nicht, wie behauptet, frivol von den Verteidigern heraufbeschworen wurde. Die Stellung der Verteidiger an den preußischen Gerichten sei geradezu unerträglich. Das habe der jüngste Prozeß gegen einen Berliner Rechtsanwalt wegen Schutzmannsbeleidigung wieder gezeigt.

× Minister Dr. **Beseler** verweist darauf, daß in den Moabiter Prozessen noch kein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Im übrigen haben weitere Auseinandersetzungen mit dem Abg. Liebknecht wenig Zweck, da wir uns doch niemals verstehen werden. (Heiterkeit und Zustimmung rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen, ebenso das Etatsgesetz gegen die Sozialdemokraten. Damit ist die dritte Lesung des Etats beendet.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Pflichtfortbildungsschulgesetz. Schluß 6¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Bebels Kandidatenrede.

Der Reichstagsabgeordnete Bebel hielt am Sonntag in Hamburg in einer sozialdemokratischen Versammlung einen Vortrag und wurde dann als Kandidat für den ersten Hamburger Wahlkreis wieder aufgestellt. In seinem Vortrag sagte er u. a.:

„Daß wir in Giesen unterlegen sind, hat mich eigentlich recht gefreut. So eine Ohrfeige ist ganz nützlich. Es gibt in unseren Reihen viele Hoffnungsmeier. Neuerdings ist auch von Parteigenossen empfohlen worden, in aussichtslosen Kreisen keine eigenen Kandidaten aufzustellen. Das heißt denn doch das Wesen und die Natur der Partei gründlich verkennen. Wer diese Taktik auf dem nächsten Parteitag vertreten wollte, dem würden wir einen Empfang bereiten, wie noch keinem zuvor. Es kommt nicht auf die Zahl der Mandate, sondern auf die Stimmen an. Vier Millionen Stimmen und 50 Mandate sind mir lieber als drei Millionen Stimmen und 100 Mandate. Was unsere Stichwahlparole anbetrifft, so werden wir nur einem solchen Kandidaten unsere Stimme geben, der gegen eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts und für die Koalitionsfreiheit ist. Ich bin ein alter Mann geworden, aber das alte Feuer lebt noch und auch die Hoffnung auf den endgültigen Sieg."

Unter anderem sagte Bebel dann noch, daß die Bagdadbahn, die durch deutsches Kapital lebhaft gefördert würde, eine nationale Tat ersten Ranges sei.

Heer und Flotte.

Stapellauf des Panzerkreuzers „Goeben".

Der Kaiser bestimmte für den Dienstag in Hamburg vom Stapel laufenden Panzerkreuzer den Namen „Goeben". Die Taufe wird General v. Poetzel vollziehen, der das achte Korps in Koblenz führt, das früher General v. Goeben befehligt hat.

Kleine vermischte Nachrichten.

Milchkrieg in Frankfurt a. M. Die vereinigten Landwirte von Frankfurt a. M. und Umgebung hielten am Sonntag nachmittag eine Versammlung ab, in der sie einstimmig beschlossen, vom 1. April ab den Preis der Milch von 16 auf 17 Pfennig zu erhöhen und eventuell die Lieferung einzustellen. Da die Milchhändler den Preis nicht bewilligen wollen, steht ein Milchkrieg in Aussicht.

Weitere Unterstützungen für die Tabakarbeiter fordert nachstehende vom Abg. Bassermann zum Etat für das Reichsschatzamt eingebrachte Resolution: „Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald noch einen Nachtrag zum Reichshaushalt-Etat dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen, durch welchen hinreichende weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um, entsprechend den Bestimmungen des Artikels IIa des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909, den infolge des Gesetzes arbeitslos gewordenen oder durch Einschränkung der Betriebe geschädigten Hausgewerbetreibenden oder Arbeitern des Tabakgewerbes die bis zum 15. August 1911 zustehende Unterstützung zu gewähren.

Ausland.

Jubelfeier in Italien.

δ Aus Rom wird gemeldet:

Am Montag begannen die großen nationalen Festlichkeiten anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens des Königreichs Italien. Schon um Mitternacht waren die Straßen lebhaft bewegt. Der Bürgermeister hatte angeordnet, daß Punkt 12 Uhr ein Kanonenschuß vom Janiculus-Hügel den Anbruch des Festtages verkünden solle. In Trastevere zogen ungählige Vereine mit Fahnen und Musik über den Petersplatz nach der Engelsbrücke und nach dem Vorplatz des Petersplatzes.

Der Montag-Morgen brachte nach sechs Nieselregentagen wieder einen heiteren Himmel und Sonnenschein, aber es währte nicht lange, und der Regen war wieder da. Die Stadt ist festlich beflaggt. Von den Dächern und Fenstern grüßen die dreifarbigen Fahnen, auch die Tramwagwagen sind bewimpelt. Seit frühester Morgenstunde ist alles auf den Beinen, um der Fahrt des Königs nach dem Kapitol beizuwohnen.

Die Festsitzung auf dem Kapitol.

Rom, 27. März. Mit ungewöhnlichem Glanze fand heute vormittag 11 Uhr im Senatspalast auf dem Kapitol die königliche Festsitzung zur Fünfzigjahrfeier des Königreichs Italien statt. Von 9 Uhr begannen die Geladenen sich zu versammeln. Um 10 Uhr begann die historische Glocke, die Patarina, auf dem Turm des Kapitols zu läuten, zum Zeichen, daß der königliche Zug den Quirinal verlassen hatte. Der Bürgermeister Nathan, mit den Vizebürgermeistern und Gemeinderäten, die Präsidenten des Senats und der Kammer mit Deputationen der beiden Häuser des Parlaments, der Ministerpräsident und alle Mitglieder der Regierung erwarteten das Königspaar am Portal des Museumspalastes. Einige Minuten später trafen, von Trompetenfanfaren der Kürassiere und von der städtischen Kapelle mit der Königshymne empfangen, die Majestäten ein. Stürmische Kundgebungen der Begeisterung begrüßten das Herrscherpaar bei seiner Ankunft wie beim Eintritt in den Festsaal, wo sich auch das diplomatische Korps, die Ritter des Annunziatenordens, die Spitzen der Beamtenschaft sowie der Offizierkorps des Heeres und der Marine eingefunden hatten. Nachdem der König und die Königin ihre Thronsitze eingenommen hatten, hielten die Präsidenten des Senats und der Kammer sowie der Bürgermeister unter dem lebhaften Beifall ihre Huldigungsansprachen. Sodann ergriff unter begeisterten Kundgebungen der Festversammlung der König das Wort zur Erwiderung.

Die Rede des Königs schloß mit folgenden Worten:

Italien, das sich der Unabhängigkeit des ganzen Volkes geweiht hat, wird seine Unabhängigkeit zu wahren wissen, die das Erbe seiner ganzen alten und neuen Geschichte ist und wird durch Werke des Friedens zu dem allgemeinen Fortschritt beitragen in stetigem Emporsteigen zu immer höheren Idealen — und es ist wie eine Vorbedeutung, daß von so vielen Kaisern auf diesem weltgeschichtlichen Hügel einzig und allein das von dem ernsten Lichte der stoischen Tugend verklärte Bild des triumphierenden Marc Aurel stehen geblieben ist, dieses heilige Gnadenbild des Kultus des sittlichen und bürgerlichen Gesetzes, dem unser Vaterland treu bleiben will, im festen Glauben an eine Zukunft des Glückes und des Ruhmes.

Kaiser Wilhelm und Italiens Jubelfeier.

Venedig, 27. März. Aus Anlaß der Jubelfeier Italiens hatten die „Hohenzollern" und die „Königsberg" über die Toppen geflaggt. Bei der Flaggenparade um 8 Uhr gab die „Königsberg" einen Salut von 21 Schuß. Die „Königsberg" wird ebenso mittags und bei der abendlichen Flaggenparade mit je 21 Schuß salutieren. Um 8 Uhr 30 Min. begab sich im Auftrage des Kaisers Generaladjutant von Scholl an Land und legte am Denkmal Viktor Emanuels auf der Riva Degli Schiavoni einen Kranz nieder. Die schwarz-weiß-rote Schleife des Kranzes trug die Inschrift: „Al cinquantesimo anniversario de la proclamazione del regno d'Italia Wilhelm II."

Der russisch-chinesische Konflikt.

♠ Aus Petersburg wird gemeldet:

Die noch Sonntag in den politischen Kreisen herrschende Ueberzeugung, daß der Krieg mit China unvermeidlich sei, ist einer weitaus friedlicheren Auffassung der Lage gewichen. Man glaubt zuversichtlich, daß China noch in letzter Minute eine Rußland vollkommen zufriedenstellende Antwort auf das Ultimatum geben werde. Die russischen Militär- und Marinekreise halten die Kriegsgefahr für beseitigt. China ist augenscheinlich bestrebt, der russischen Regierung seine friedliche Gesinnung zu bekunden.

Die Pekinger Regierung hat den chinesischen Konsuln in Japan den strengen Befehl erteilt, allen russenfeindlichen Kundgebungen chinesischer Studenten, die sich in Japan aufhalten, energisch entgegenzutreten.

Unruhen in Fez.

Nachrichten aus Marrakesch zufolge sind in Fez Unruhen ausgebrochen. In ganz Südmarokko soll Anarchie herrschen. Ein deutscher Kaufmann ist von Räubern überfallen und ausgeplündert worden; nur durch die Dazwischenkunft bewaffneter Dorfbewohner, die die Räuber vertrieben, gelang es ihm, sein Leben zu retten. Ein französischer Kaufmann namens Firbac wurde gleichfalls überfallen. Der französische Vizekonsul in Fez hat beim Großwesir energische Beschwerde erhoben und um Abhilfe gegen das Räuberunwesen gebeten.

„Ganzbritisch".

Am Montag begann in London die sogenannte „Ganzbritische Woche". Die Läden im Westend und auch in anderen Stadtteilen sind festlich geschmückt, und es sollen nur Waren aus britischem Material und britischen Fabrikats zum Verkauf kommen. In den Restaurants sollen nur britische Nationalgerichte serviert, in den Bars nur Nationalgetränke ausgeschenkt werden. In einigen Varietés werden nur englische Künstler auftreten.

Von dem Publikum wird erwartet, daß es diese „Ganzbritische Woche" hinderte das Geld in seinen Sovereigns und Schillingen nicht spart.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 28. März.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 27. März.

Am Vorstandstisch Justizrat Föhring, Baumeister Gygas und Kaufmann Probst.

Eingegangen ist eine Petition des 5. kommunalen Bezirksvereins, der sich über Kelleriberschwemmungen in der Geiststraße und anderer Nachbarstraßen beschwert und um Abhilfe bittet. Die Sache geht an den Bauausschuß.

Der Soziale Ausschuß bittet um Erweiterung der Sonntagsruhe unter Hinweis auf die in voriger Woche in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung angenommenen Resolution und verlangt namentlich, daß die Regelung noch vor Sommersanfang erfolgen möge. Die Eingabe wird dem Spezialreferenten übergeben.

Die hiesigen Frauenvereine bitten erneut unter ausführlicher Begründung, eine Frau in die Theaterdeputation zu entsenden. Die Eingabe geht an den Referenten.

Weiter ist ein Schreiben der Steinsetzer in Sachen der Steinsetzer-Aussperrung im Regierungsbezirke eingegangen; es soll nächsten Montag verhandelt werden.

Schließlich liegt noch ein Schreiben des Herrn Amtsgerichtsrats Dr. Bindseil vor, der anzeigt, daß er durch

Differenzen mit dem Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommission

sich veranlaßt fühle, das seit langen Jahren verwaltete Amt eines Mitglieds dieser Kommission nunmehr niederzulegen. Herr Dr. Bindseil motiviert seinen Schritt des Näheren. Er habe viele Jahre im guten Einvernehmen mit dem früheren Vorsitzenden jenes Amt verwaltet; stets sei er nach bestem Wissen und Gewissen verfahren und Differenzen habe es in der Kommission nicht gegeben. Das sei anders geworden, seitdem ein neuer Vorsitzender, der Herr Regierungsrat Görlich, walte. Der Herr sei unermüdlich in Neuerungen, die auf unsere hallischen Verhältnisse gar nicht passen. Ein ruhiges, harmonisches Zusammenwirken erscheine vielfach unmöglich. Die Neuerungen habe die Kommission einmütig verworfen, selbst der Regierungsvertreter habe sich auf die Seite der Kommission gestellt, dennoch fahre der neue Vorsitzende fort, die Grundsätze, die man bisher nach Recht und Billigkeit gelten ließ, nicht anzuerkennen. So reißen die Differenzen nicht ab, da anscheinend nur auf der einen Seite, nämlich auf der Seite der Kommission, der Wille zu friedlicher Arbeit bestehe. Herr Dr. Bindseil sagt weiter, daß er den Eindruck gewonnen habe, als betrachte ihn der Herr Vorsitzende als seinen persönlichen Feind. Diese Ueberzeugung nötige ihn, da ein gedeihliches Zusammenwirken unter solchen Umständen völlig ausgeschlossen sei, nunmehr aus seinem Amte zu scheiden.

Herr Vorsteher Föhring bedauert diesen Schritt; aber Herr Bindseil sei nach dem Gesetz berechtigt zum Verzicht. Jeder müsse Herrn Bindseil das Zeugnis ausstellen, daß er sein arbeitsreiches Amt stets mit großem Fleiß und großer Hingabe versehen habe, ihm gebühre öffentliche Anerkennung. Mit der Neuwahl möge man den Etatsausschuß betrauen.

Herr Stv. Giese beklagt es, daß sich in der Veranlagungskommission derartige Verhältnisse herausgebildet haben, daß es einem so von Gemeinsinn und Gerechtigkeitssinn erfüllten Bürger wie Herrn Dr. Bindseil nicht mehr möglich sei, dort zu arbeiten. Er könne nur bestätigen, daß

die Verhältnisse in der Kommission seit dem Wechsel im Vorsitz höchst unerfreuliche

geworden seien. Die Differenzen seien so arg, daß noch andere Mitglieder aus der Kommission ausscheiden wollen. Die Sache müsse mal gründlich besprochen werden. Die Kommissionsmitglieder sollten zu einer Sitzung zusammentreten, sich über das Verhältnis zum Vorsitzenden aussprechen und Beschlüsse fassen.

Herr Stv. Höschele führt gleichfalls aus, daß ihm allerlei Differenzen bekannt geworden seien. Ihnen müsse man mal auf den Grund gehen. Dazu biete sich im Etatsausschuß Gelegenheit.

Herr Vorsteher Föhring betont, daß die Stadt allerdings an jenen Verhältnissen ein starkes Interesse habe. Darum empfehle sich Verhandlung der Angelegenheit im Etatsausschuß.

Die Versammlung beschloß demgemäß.

Denach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1, Vertrag betreffend Errichtung und Unterhaltung einer Wanderarbeitsstätte, fällt aus.

Ueber Punkt 2 berichten die Herren Stvv. Dehne und Höschele. Aus Anlaß der

Neupflasterung der Gr. Ulrichstraße und Kleinschmieden

macht sich eine umfassende Aenderung der Bahnanlagen notwendig. Sie besteht teils in einer Erneuerung des vorhandenen Gleismaterials, teils in einer Erweiterung der Geleise. Letztere ist hauptsächlich dadurch bedingt, daß mit Genehmigung der Bahnaufsichts-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110328019/fragment/page=0002

behörde die derzeitige Gleisanlage der Gr. Ulrichstraße zum Doppelgleis und die von Kleinschmieden dahin ausgebildet werden soll, daß die dortigen Doppelgleise — ähnlich wie in der Delitzscherstraße — von beiden Straßenbahnen gemeinschaftlich zur Ein- und Ausfahrt benutzt werden. Von den hierdurch entstehenden Kosten hat, soweit Kleinschmieden in Frage kommt, die Stadtbahn Halle nach längeren Verhandlungen 8110 Mark übernommen. Dagegen fallen die übrigen Kosten, und zwar für Kleinschmieden in Höhe von 5300 Mark und für Gr. Ulrichstraße in Höhe von 28 350 Mark, der städtischen Straßenbahn zur Last. Bei ihrer Verrechnung ist, wie der Magistrat in Uebereinstimmung mit der Straßenbahn-Deputation anerkannt hat, zu unterscheiden, ob sie lediglich durch die Erweiterung oder durch den Ersatzbau der Anlage hervorgerufen worden sind und weiter, ob die letzteren Kosten noch längere Zeit hätten vermieden werden können, oder nur aus Anlaß der Neupflasterung zur sofortigen Verwendung gelangen müssen. Die zuerst genannten Kosten sind unbedingt der Anleihe zur Last zu schreiben. Bezüglich der zweiten Kategorie dagegen erscheint es mit Rücksicht darauf, daß die vorhandenen Gleise noch eine Benutzungsfähigkeit von etwa 5 Jahren besitzen, angemessen, die Ausgabe zu etwa gleichen Teilen der Anleihe und dem laufenden Etat aufzuerlegen. Bei Zugrundelegung dieses Prinzips und gleichzeitiger Berücksichtigung der Kosten für Löhne und elektrische Ueberspannung ergibt sich, daß von den obenbezeichneten 5300 Mark 2500 Mark auf die Anleihe und 2800 Mark auf den Etat und von den 28 350 Mark 19 230 Mark auf die Anleihe und 9120 Mark auf den Etat entfallen. Hiernach beantragt der Magistrat unter dem Hinweise, daß die vom Etat der städtischen Straßenbahn zu tragenden Ausgaben ihre Deckung in den unter Kap. II Pos. 4 „für Erneuerung der Gleise und Oberleitungen" eingesetzten 40 000 Mark finden, aus den im Programm der Anleihe von 1910 für Zwecke der städtischen Straßenbahn vorgesehenen 3 Millionen Mark für die Erweiterung bezw. Erneuerung der Bahnanlage in Kleinschmieden und Gr. Ulrichstr. 2500+19 230=21 730 Mark, bewilligen zu wollen.

Die Versammlung stimmt zu.

3. Der Installateur Paul Schwarz, hier, ersucht um Erteilung der Genehmigung zur Erbauung eines Wohnhauses auf seinem Grundstück Oppinerstraße 18. Es bedarf jedoch zunächst noch einer Festsetzung der bei Aufstellung des Fluchtlinienplanes für die Oppinerstraße in Aussicht genommenen Fluchtlinie für die Westseite des Grundstückes. Das eingereichte Projekt sieht bereits die Errichtung des Neubaues in dieser Fluchtlinie vor.

Die Versammlung genehmigt den Fluchtlinienvorschlag. (Ref. Herr Stv. Emmer.)

4. Der Architekt Karl Schulze, hier, will auf seinem Grundstück Seebenerstraße 9 einen Neubau errichten. Fluchtlinienplanmäßig entfällt aus der Straße eine kleine Parzelle von ca. 1 Quadratmeter Flächeninhalt zur Baustelle. Der Magistrat hat das Land mit 20 Mark pro Quadratmeter bewertet. Herr Schulze ist bereit, die Parzelle für diesen Preis zu erwerben.

Die Versammlung stimmt zu. (Referent Herr Stv. Renner.)

5. Der Kaufmann Hermann Wiebach, hier, errichtet auf seinem Grundstück Kl. Ulrichstraße 11 einen Neubau in der planmäßigen Fluchtlinie. Die für das Grundstück festgesetzten Eckverbrechungen will er vom ersten Stockwerk ab mit abgeschlossenen Erkern überbauen. Um hierzu die Genehmigung zu erhalten, hat er sich erboten, die unter den Ausbauten liegenden Flächen unentgeltlich zur Straße abzutreten. Das außerdem von der Baustelle zum Mühlberg entfallende Land hat der Magistrat mit 110 Mark pro Quadratmeter, die zur Großen Schloßgasse abzutretende Parzelle dagegen mit 50 Mark pro Quadratmeter bewertet. Herr Wiebach ist bereit, das Land gegen diese Entschädigung der Stadtgemeinde zu übereignen. Die Vorlage wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Reiling.)

6. Herr Fr. Köhler, Mitglied des Grundsteuer-Schätzungs-Ausschusses, hat gebeten ihn von diesem Amt zu entbinden. Die Versammlung wählt an seiner Statt Herrn Maurermeister Hensel. (Ref. Herr Stv. Giese.)

7. Der Bürgerverein zur Wahrung Cröllwitzer Interessen bittet um

Verlängerung der Straßenbahn durch Cröllwitz

bis zur Villa Knoch, Dölauerstraße. Herr Stv. Herzfeld schlägt als Referent vor, die Eingabe dem Magistrat als Material zu überweisen.

Herr Stv. Emmer befürwortet gleichfalls die Petition.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

Die Punkte 8 und 9 werden gemeinsam verhandelt. Sie betreffen die Einsetzung einer

Theaterdeputation

und eine Eingabe des Frauenbildungsvereins, eine Frau in die Theaterdeputation hineinzuwählen. Herr Stv. Borges namens des Theaterausschusses referiert über die Sache. Er legt dar, daß die Deputation in erster Linie die Aufgabe habe, sich mit den Theaterverhältnissen, mit dem Gebäude, dem Magazin, den Einrichtungen, Dekorationen, dem Fundus usw. vertraut zu machen, sich also vorzubereiten für die Aufgaben, die eine spätere städtischen Regie ihr bringen wird. Mehr als neun Mitglieder möge man nicht beschließen; denn die Erfahrung in anderen Städten habe gerade auch auf diesem Gebiete gelehrt, daß viele Köche den Brei verderben. Vorerst kommen künstlerische Gesichtspunkte für die Deputation nicht in Frage; auch keine Personalfragen, so daß es einstweilen noch keinen Zweck haben würde, eine Frau in die Deputation zu entsenden. Man würde für sie keine Arbeit haben. Das werde erst anders werden, wenn das Theater in städtische Regie komme. Dem Theaterausschuß würde es lieber gewesen sein, der Magistrat hätte sich mit zwei Stellen in der Deputation begnügt, da die Deputation ja ein Organ des Magistrats sei, dessen Beschlüsse sonach seiner Entscheidung unterstehen; aber man habe sich schließlich doch dahin verständigt, die Deputation aus drei Magistratsmitglieder, 4 Stadtverordneten und 2 Bürgern zusammenzusetzen. Der Ausschuß schlage als Bürger die Herrn Prof. Goldschmidt und Abert vor. Der Ausschuß sei der Ansicht, daß gerade die Mitglieder aus der Bürgerschaft unter dem Gesichtspunkt auszuwählen seien, daß sie weniger die praktischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen haben, als vielmehr von einem idealen Standpunkt aus, von einer höheren künstlerischen Warte herab. Rat erteilen sollen. Als Stadtverordnete empfehle der Ausschuß die Herren Giese, v. Blume, Pfantsch und Borges.

Herr Stv. Herzau tritt dafür ein, daß eine Frau in die Theaterdeputation gewählt werde. Es gebe diskrete und delikate Verhältnisse, die gerade die Mitwirkung einer Frau erwünscht erscheinen lassen.

Herr Stv. Höschele hält das nicht für nötig. Wohl aber solle man in die Deputation einen Theaterpraktiker entsenden, und da empfehle er Herrn Direktor Bruno Heydrich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive bittet, die Personenfragen auszuscheiden und erst in geschlossener Sitzung zu erledigten.

Herr Stv. Zell meint, es sei ja seinerzeit so viel Rühmliches über Herrn Direktor Richards gesagt worden, daß man von vornherein um Entschuldigung bitten muß, wenn man mal etwas weniger Vorteilhaftes vorbringt. Und das muß ich. Herr Richards nimmt

auf die Abonnenten zu wenig Rücksicht.

Ich habe ein Vierteljahrsabonnement, und da kriegte ich hintereinander zweimal den „Freischütz" und dreimal „Glaube und Heimat"! Solche Häufung muß der Theaterdirektor vermeiden. Und ich meine: wir müssen den Wirkungskreis der Theaterdeputation auch auf diese Verhältnisse ausdehnen und die Interessen der Theaterbesucher wahrnehmen. Das muß in dem Dienstkreis der Theaterdeputation mit berücksichtigt werden.

Herr Stv. Schmidt-Rimpler führt an der Hand des Repertoirs des in städt. Regie stehenden Stadttheaters Straßburg aus, daß auch bei städt. Regie, die nach Ansicht der Fürsprecher allein die Pflege des Schönen und Wahren und Idealen ermögliche, ein minderwertiges Repertoire geboten sei, so schlecht, wie es unser Theaterpächter noch nie geboten hat.

Herr Vorsteher Föhring ist dafür, daß man in die Theaterdeputation eine Frau mit beratender, nicht beschließender Stimme entsende.

Herr Stv. Thiele tritt dafür ein, daß eine Frau mit vollen Rechten in die Deputation aufgenommen werde. Er wünscht, daß die Theaterdeputation nicht 9, sondern 11 Mitglieder umfassen möge, und zwar 3 Magistratsmitglieder, 5 Stadtverordnete und 3 Bürger. Falle der Antrag, so möge man in die Deputation nur 2 Magistratsmitglieder, 5 Stadtverordnete und 2 Bürger wählen.

Herr Stv. Borges bemerkt, daß die Deputation auf das Repertoire einstweilen keinen Einfluß habe. Das komme erst mit der eigenen Regie. Mehr als 9 Mitglieder dürfe die Deputation nicht umfassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Thiele:

nur 2 Magistratsmitglieder, 5 Stadtverordnete und 2 Bürger

zu wählen, mit 23 gegen 22 Stimmen angenommen; alle anderen Anträge abgelehnt. Auch der Antrag Herzau, daß eine Frau der Deputation angehören muß, sowie der Antrag Herzfeld, daß eine Frau der Deputation angehören kann. Alle diese Anträge fallen.

Die Personenfrage wird in die geschlossene Sitzung verwiesen.

10. Wie Herr Stv. Herzfeld ausführt, hat gegen den offengelegten Fluchtlinienplan für eine

neue Verbindungsstraße zwischen dem Steinweg und der Lindenstraße durch das Waisenhausgrundstück

hindurch die Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung Halle a. S. als Eigentümerin des Grundstücks Steinweg Nr. 19/20 Einspruch erhoben. Die Festsetzung der Fluchtlinie für die neue Straße bedingt gleichzeitig eine Aenderung der bereits bestehenden Fluchtlinie für den Steinweg. Einer Fluchtlinienänderung wird aber nach der Praxis der Spruchbehörde nur zugestimmt, wenn ganz besondere Gründe des öffentlichen Interesses den Eingriff in bestehende Verhältnisse rechtfertigen. Der Stadtgemeinde wird daher daran liegen müssen, gerade den Einspruch der Aktien-Gesellschaft beseitigt zu sehen, da sich nicht verkennen läßt, daß das Grundstück Steinweg 19/20 durch den neuen Straßenzug erheblich in seiner Ausnutzung beeinträchtigt wird. Nach längeren Verhandlungen ist es gelungen, mit der Aktiengesellschaft einen Vertrag zu vereinbaren. Nach diesem Vertrage zieht die Aktiengesellschaft ihren Einspruch gegen den Fluchtlinienplan zurück und verzichtet ferner auf den ihr nach § 13 Ziffer 3 des Baufluchtengesetzes nach erfolgter Fluchtlinienfeststellung zustehenden Enteignungsanspruch, wogegen ihr seitens der Stadtgemeinde gewisse Zugeständnisse gemacht werden. Diese bestehen darin, daß die Stadtgemeinde der Aktiengesellschaft gestattet, die Einmündung der Straße am Steinweg provisorisch mit einem einstöckigen Ladenzwischenbau zu schließen sowie auf ihrem Grundstück Wohngebäude mit Ausgängen nach der neuen Straße zu errichten, letzteres, ohne daß die Stadtgemeinde die Bewilligung der Ausnahme vom Bauverbot von der Sicherstellung der Straßenausbaukosten und der Abtretung des Straßenlandes abhängig macht. Eine derartige Abweichung von den den angrenzenden Eigentümern auferlegten ortsstatutarischen Verpflichtungen kann nach § 20 des hiesigen Ortsstatuts auf Grund gemeinsamen Beschlusses der städtischen Körperschaften bewilligt werden. Die Verpflichtung zur Sicherstellung und Landabtretung soll übrigens bei Veräußerung des Grundstücks im ganzen oder in Teilen wieder eintreten. Die Verpflichtung zur Wiederbeseitigung des Ladenzwischenbaues soll ferner grundbuchlich sichergestellt werden.

Die Vorlage wird angenommen.

11. Der Magistrat ersucht die Versammlung, zu genehmigen, daß das Ortsstatut betr. die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Direktoren, Oberlehrer und Zeichenlehrer an den höheren Schulen der Stadt Halle a. S. vom 29. März 1899 durch ein neues Statut geändert wird. Die Versammlung stimmt zu. (Referenten die Herren Stvv. Meyer und Springer.)

12. Das Kuratorium der städtischen Gas- und Wasserwerke hat in der Sitzung vom 11. d. M. den Ausbau der Wasserleitung auf der Südseite der Mozartstraße zwischen Neil- und Richard-Wagnerstraße genehmigt. Nach Mitteilung des Herrn Stadtbaurats Lammers ist seitens des Magistrats der gesamte Ausbau der Strecke in Regie vorgesehen. Die Verlegung der Wasserrohre erfolgt auf Rechnung der Wasserwerke. Die Mittel für die Rohrlegung in der Höhe von 1900 Mark sollen aus dem Reservefonds der Wasserwerke entnommen werden.

Die Versammlung tritt dem Beschluß bei. (Ref. die Herren Stvv. Giese und Knabe.)

13. Der Magistrat ersucht die Versammlung um Zustimmung, daß die Läden im Roten Turme Nr. 1 dem Honigkuchen- und Zuckerwarenfabrikanten Robert Schirmer, hier, Forsterstraße Nr. 54, für den jährlichen Mietzins von 1840 Mark, Nr. 6 dem Kaufmann (Herrengarderobe) Gustav Reinsch, hier, Talamtstraße 2, für den jährlichen Mietzins von 1750 Mark, Nr. 7 dem Honigkuchen- und Zuckerwarenfabrikanten Karl Booch, hier, Breitestraße 1, für den jährlichen Mietzins von 1430 Mark, auf die Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1917 vermietet werden.

Herr Stv. Lindner empfiehlt die Vermietungen.

Herr Stv. Döhler fragt an, ob schon feststehe, daß

im Roten Turm ein Café

eingerichtet werden solle. Ein Bedürfnis dazu liege wirklich nicht vor, da im engen Umkreis 57 Schankwirtschaften bestehen. Die Stadt solle es unterlassen, nun auf dem Markt noch eine neue Schankstelle einzurichten.

Herr Bürgermeister v. Holly erklärt, die Anregung, ein Café im Roten Turm einzurichten, sei aus der Mitte der Versammlung gegeben. Der Magistrat werde einen Entwurf ausarbeiten lassen und die Kosten berechnen, dann komme eine Vorlage, über die dann die Stadtverordneten zu entscheiden haben. Eher könne sich der Stadtausschuß auch nicht mit der Konzessionsfrage beschäftigen.

Herr Stv. Kobe wünscht, daß an den Läden nicht Schilder angebracht werden dürfen, die das Bild des Turmes verschandeln.

Herr Stv. Giese entgegnet, daß dieser Gesichtspunkt schon in der Baukommission berücksichtigt sei. Er stellt den Antrag, die Beschlußfassung über Laden 1 auszusetzen, bis die Cafésangelegenheit entschieden sei.

Herr Stv. Emmer beantragt, kurzerhand zu beschließen, daß im Roten Turm kein Café errichtet wird.

Der Antrag Emmer wird abgelehnt, der Antrag Giese angenommen; betr. der anderen Läden geht die Magistratsvorlage durch.

14. Wie die Herren Stvv. Renner und Döhler darlegen, ist durch die jahrhundertlangen Aufschüttungen des Weges vor den Arkaden des Stadtgottesackers der Boden stark erhöht, daß die Sockel und Fußstücke der Arkadenpilaster von dem Erdreich verdeckt werden, und zwar zum Teil in einer Höhe von etwa ½ Meter. Durch das hochliegende Erdreich wird die Bodenfeuchtigkeit an die Werksteinstücke herangeleitet und führt zur Zerstörung der wertvollen Steinmetzarbeiten. Diesem Zerstörungswerk kann nur durch Tieferlegung der Wege und Isolierung gegen aufsteigende Feuchtigkeit Einhalt geboten werden. Zur Ausführung dieser Arbeiten war im Haushaltsplan für 1910 unter XVII B VII 3 eine erste Rate von 4000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Eine gleich hohe Rate ist für 1911 vorgesehen. Bei der Ausführung des ersten Abschnittes der Tieferlegungsarbeiten zwischen der nördlichen und östlichen Durchfahrt im Sommer bis Herbst 1910 ergab sich, daß neben der geplanten Tieferlegung des Weges auch noch andere Arbeiten, welche zur Wiederherstellung und Unterhaltung der Grabbögen erforderlich sind, vorgenommen werden müssen. So zeigte sich, daß die freigelegten Sockel und Pilasterteile nicht nur stark zerfallen, sondern auch häufig unvollständig waren und kein ordnungsmäßiges Fundament hatten. Vielfach sind die Sockelprofile abgeschlagen oder völlig verwittert und morsch, auch die Ornamente der freigelegten Pilasterteile sind verwischt, teilweise sogar vollständig beseitigt. Es ist demnach außer der Tieferlegung des Fußweges auch die Wiederherstellung bezw. Ergänzung der freigelegten Werkstücke und vor allen Dingen die Herstellung frostfreier Fundamente unbedingt erforderlich. Es wird daher vorgeschlagen, außer dem im Etat ausgeworfenen Betrag zur Tieferlegung des Weges noch den Betrag von 5000 Mark für unvorhergesehene Arbeiten zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt zu.

Punkt 15 betrifft den Magistratsantrag, die

Gebühren für Krankentransporte

zu erhöhen. Der Magistrat will die Sätze für Private von 5 auf 6 Mark, für Krankenkassen von 3 auf 6 Mark erhöhen, für Transporte nach auswärts von 20 auf 50 Mark. Es entspinnt sich eine lange Debatte, auf die wir zurückkommen. Die Abstimmung ergibt: 5 Mk. (wie bisher) für Private, 5 Mark für Krankenkassen, 50 Mark für Auswärtige. (Ref. Herren Stvv. Daniel und Schmidt-Rimpler.)

16. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß dem in der Kassenstelle Nord mit der Kassenführung der städtischen Straßenbahn betrauten Bahnbediensteten sog. Zähl- bezw. Verlustgelder in Höhe von 30 Mark pro Jahr gewährt werden. (Ref. Herr Stv. Probst.)

Punkt 17 fällt aus.

18. Die Versammlung beschließt, daß von dem nach Abzug des vorjährigen Vorschusses verbliebenen Ertrag der Warenhaussteuer des Rechnungsjahres 1910 in Höhe von 17 212,58 Mark 1. den beiden untersten Stufen der Gewerbesteuerklasse IV die volle Jahressteuer erlassen, 2. der Rest von 2174,34 Mk. für die nächstjährige Verteilung reservert wird.

19. An Stelle des Herrn Landschaftrentmeisters Stammer, der sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat, werden gewählt in die Deputation zur Verwaltung des Fonds für Obdachlose Herr Stv. Strumpf, in den Rechnungs-Revisions-Ausschuß Herr Stv. Bruß, in den Rechts- und Verfassungs-Ausschuß Herr Stv. Rabe und in den Wahlausschuß Herr Stv. Daniel. In die Verschönerungsdeputation wählte man an Stelle des Herrn Dr. Bindseil, der niedergelegt hat, Herrn Stv. Herzfeld. (Ref. Herr Stv. Borchert.)

20. Die Rechnung der Kämmereikasse über 1. die Kapitel I bis XIX des Hauptetats, 2. die außerhalb des letzteren geführten Fonds, als a) des Betriebsfonds der Kämmerei, b) des Subventionsgelder-Fonds, c) des Anleihe-Fonds, d) des Schulbau-Fonds, e) des Fonds der Schulverwaltung, f) des Fonds der Armenverwaltung, g) des Vermögens der Friedhofs-Verwaltung, h) des Fonds der Kämmerei-Ueberschüsse, i) der Verwaltung der Barbestände, werden entlastet. (Ref. Herren Stvv. Springer und Strumpf.)

21. Desgleichen die Rechnung der Paul Riebeck-Stiftung für 1909 (Ref. Herr Stv. Borchert);

22. sowie die Rechnung der Steuerkasse für das Rechnungsjahr 1909 (Ref. Herr Stv. Springer);

23. sowie die Rechnung der Kasse der gewerblichen Fortbildungsschule für 1908 (Ref. Herr Stv. Beige) und

24. die Rechnung der Handwerkerschule für Rechnungsjahr 1909 (Ref. Herr Stv. Helmecke);

25. desgleichen die Rechnung der Kasse der gewerblichen Fortbildungsschule für das Rechnungsjahr 1909 (Ref. Herr Stv. Beige) und

26. die Rechnung der von Ritterschen Stiftung pro 1910 (Ref. Herr Stv Springer).

Der Hauptgewinn der Lehrerinnenheim-Lotterie im Betrage von 100 000 Mark fiel auf die Nummer 89 553. Die Lose wurden auch in Halle flott gehandelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110328019/fragment/page=0003

Provinzial-Nachrichten.

Vom Völkerschlachtdenkmal.

Leipzig, 27. März. Dieser Tage wurde der letzte Gerüstbau am Denkmal beendet und damit die Höhe von 92 Metern erreicht. Als Zeichen des Richtfestes wehten in luftiger Höhe die Fahnen in den deutschen und sächsischen Farben. Nach Fertigstellung der Hebegerüste, die in kommender Woche aufgestellt werden, können die Arbeiten wieder beginnen, um sie bis zum Herbst zu beenden. Auch die Arbeiten am Teiche schreiten rüstig vorwärts.

Die Ausschachtung von 30 000 Kubikmeter Erdreich und die Aufschüttung der Dämme ist so ziemlich beendet, so daß man die Anlagen in ihrer zukünftigen Gestaltung bereits beurteilen kann.

Ernennung zum Oberpostdirektor.

Erfurt, 26. März. Die Leitung der Oberpostdirektion in Köslin ist dem Postrat Bissing aus Erfurt übertragen worden. Der neue Oberpostdirektor, der 1862 geboren ist, legte 1890 die höhere Verwaltungsprüfung für Post und Telegraphie ab. Nachdem er 1897 zum Oberpostinspektor ernannt worden war, wurde er 1904 zum Postrat befördert.

Sangerhausen, 27. März. (Eisenbahn Sangerhausen—Straßberg.) Auf dem Kreistage des Kreises Sangerhausen, der am Sonnabend tagte, ist mit 26 Stimmen gegen 2 die Vorlage zur Zeichnung von 150 000 Mk. Aktien für das Kleinbahnprojekt Sangerhausen—Straßberg angenommen.

Suhl, 25. März. (Schenkung eines Schwimmbades.) Ein hiesiger Fabrikant schenkte der Stadt passendes Gelände für eine Schwimm- und Badeanstalt. Er übernimmt auch die Kosten der Einrichtung des Bades.

Dessau, 27. März. (Abiturientinnen höherer Schulen.) Wie verlautet, hat die Herzogliche Regierung, Abteilung für das Schulwesen, die Absicht kundgetan, von Ostern 1912 an Anhaltinerinnen, welche die Abiturientenprüfung einer anerkannten neunklassigen Vollanstalt (Gymnasium, Realgymnasium oder Oberrealschule) mit Erfolg bestanden haben, mit Einschluß etwaiger Extraneerinnen, den Eintritt in den praktischen (vierten) Jahreskursus des Herzoglichen höheren Lehrerinnen-Seminars und weiterhin nach befriedigender Vollendung dieses Kursus die Beteiligung an der sich an das praktische Jahr anschließenden Prüfung für Lehrerinnen höherer Mädchenschulen zu gestatten.

Danach werden anhaltische Abiturientinnen in Zukunft dieselben Berechtigungen erhalten, wie die preußischen.

Zerbst, 27. März. (Städtisches.) Die Steuerkraft in unserer Stadt hat sich auch in diesem Jahre weiter gehoben, so daß im nächstjährigen Etat der Ertrag der Steuereinheit von 4200 Mk. auf 4600 Mark festgesetzt werden konnte. Infolgedessen kann auch der nächstjährige Armenetat mit 1 Einheit Einkommensteuer weniger zum Ausgleich gebracht werden. Die Kanalisation unserer Stadt erfordert doch mehr Kosten, als ursprünglich angenommen wurde. Während im vorigen Etat noch 960 000 Mark dafür etatisiert waren, sind im nächsten Etat 1 025 000 Mark angesetzt.

Köthen, 27. März. (Gefährlicher Unfug.) In vergangener Nacht zwischen 2 und 3 Uhr wurde von rohen Gesellen ein von diesen mitgeschleppter Fensterladen durch ein Fenster der Parterrewohnung des Arbeiters Schm., Springstraße 48, gewaltsam hindurchgestoßen und in die Wohnung geworfen. Die Fensterscheibe wurde in unzählige Stücke zertrümmert, die Glassplitter flogen in der Stube umher und auf das Kinderbett, in dem zwei kleine Kinder schliefen, die mit lautem Geschrei erschreckt aufsprangen. Um Haaresbreite wäre der schwere Fensterladen auf das Kinderbett geschleudert und die Kinder möglicherweise erschlagen, mindestens schwer verletzt worden.

Greiz, 25. März. (Flucht ins Ausland.) Aus dem benachbarten Marktflecken Fraureuth ist der dortige frühere Gemeindevorsteher, jetzige Gastwirt und Postagent Pinks unter Mitnahme einer größeren Geldsumme verschwunden. Pinks hat sich an einem Schulmädchen schwer vergangen und scheint aus Furcht vor Strafe nach Amerika geflohen zu sein.

Leipzig, 27. März. (Im Wahn.) Eine am Ranstädter Steinweg wohnende, 45 Jahre alte Witwe namens Naumann, die am Verfolgungswahnsinn leidet, wollte sich gestern an einer dünnen Waschleine aus der dritten Etage in den Hofraum herablassen. Die Schnur riß unter der Last, und die Unglückliche stürzte in die Tiefe. Schwerverletzt mußte sie im Krankenwagen nach dem Hospital St. Jakob überführt werden.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Dem Privatdozenten für Geodäsie an der Techn. Hochschule zu Dresden Dr.-Ing. Reinhold Hugershoff wurde unter Ernennung zum a. o. Professor an der Kgl. sächs. Forstakademie zu Tharandt der Lehrauftrag für Vermessungskunde, Infinitesimalrechnung und Meteorologie übertragen. — Dr. Robert Beder, Assistent bei Prof. Wülfing am mineralogisch-petrographischen Institut in Heidelberg, gedenkt am 15. April d. J. nach Buenos-Aires abzureisen, um dort bei der topographisch-geologischen Landesaufnahme der Provinz Buenos-Aires (Argentinien) als Petrograph tätig zu sein. — Dem Vernehmen nach ist Prof. Dr. med. Eduard Allard, Privatdozent und Oberarzt an der medizinischen Klinik zu Breslau zum Oberarzt der inneren Abteilung des Marinekrankenhauses zu Hamburg berufen worden. — Auf eine 25jährige Professorentätigkeit kann dieser Tage der Mathematiker Dr. Karl Runge in Göttingen zurückblicken. — Dem ord. Prof. der Forstwissenschaft an der Universität Tübingen Dr. Anton Bühler wurde das Ehrenkreuz der Württembergischen Krone verliehen, mit dem der persönliche Adel verbunden ist.

Ein neuer Roman von Martin Beradt. Martin Beradt, der durch seine „Eheleute" rasch bekannt geworden ist, hat soeben wiederum einen Roman „Das Kind" vollendet. Diese neue Schöpfung wird vom April ab in der Monatsschrift „Frauen-Zukunft" (Frauen-Verlag München und Leipzig) erscheinen.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

car. Man schreibt uns aus Berlin: Im Lustspielhaus kam am Sonnabend die Posse „Die grüne Neune" von Tony Impekoven, dem bekannten Komiker dieses Theaters, zur Erstaufführung. Der Verfasser wollte, wie er ja auch im Untertitel des Stückes „Ein Stück altes Berlin mit Gesang und Tanz" angab, das biedermeierische Berlin aufleben lassen, was ihm aber nicht, oder doch nur selten, gelang. Willy Bredschneider hat eine teilweise sehr ansprechende Musik zu der Posse geschrieben, so daß einige sehr hübsche Couplets das Stück beleben. Tony Impekoven hat sich natürlich mit einer Bombenrolle bedacht, die er glänzend durchführte, auch die meisten Mitwirkenden halfen ihrem Kollegen zu einem guten Erfolg.

-o- Bei der Uraufführung im Metroptheater in Köln erzielte die Operette „Grigri", Text von Bolten-Bäckers und Chancel, Musik von Paul Lincke, einen starken Erfolg. Die Handlung ist ungemein amüsant, der Dialog sehr witzig, die Musik verbindet eine sehr gefällige Melodik mit viel Pikanterie. Die Gesamtaufführung war vortrefflich, woran die glänzende Inszenierung durch Bolten-Bäckers großen Anteil hatte. Der Komponist dirigierte die Erstaufführung selbst.

rr. Hermann Steins Großstadtbild „Existenzen" erlebte im Schiller-Theater Hamburg-Altona seine Uraufführung. Das fünfaktige Stück behandelt die lebensvollen Schicksale des Sohnes einer angesehenen Familie, der durch seinen Hang zur Leichtlebigkeit in mißliche Verhältnisse gerät, sich durch die Verlobung mit einer russischen Gräfin zu rehabilitieren sucht und schließlich Teilhaber seines Vaters wird. Die Charaktere sind gut gezeichnet, die Handlung ist durchweg spannend. Nach dem dritten und letzten Akt wurde der Verfasser, der auch die „Kasernenluft" mitgeschrieben hat, stürmisch gerufen.

Die aus Newyork gemeldete Erkrankung Gustav Mahlers stellt sich als ein schweres Nervenleiden, dem sich Fieber zugesellte, heraus. Es steht fest, daß Mahler vor Monatsfrist nicht nach Europa zurückkehren kann. Er liegt gegenwärtig in Newyork krank daniedder und wird noch längere Zeit keinerlei Tätigkeit ausüben können.

Beim 2. Leipziger Bachfest, das vom 20. bis 22. Mai 1911 stattfindet, werden neben der Johannispassion folgende auf einem Bachfest bisher noch nicht gehörte Chorwerke zur Aufführung gelangen: Trauerode, Der Himmel lacht, Himmelfahrtsoratorium, Sie werden aus Saba alle kommen.

Luftschiffahrt.

Flug um den Kyffhäuser.

Frankenhausen, 27. März. Hans Grade beabsichtigt, wie nunmehr bestimmt verlautet, den Flug um den Kyffhäuser im Monat Juni oder Juli d. J. auszuführen. Vielleicht unternimmt er den Flug gerade am 18. Juni, an welchem Tag im Jahre 1896 in Gegenwart des Kaisers und vieler deutscher Bundesfürsten die Einweihung des Kyffhäuser-Denkmals stattfand.

Außerordentliche Führerversammlung. Anläßlich des betrübenden Unglücksfalles des Ballons „Düsseldorf" hatte der Kölner Klub für Luftschiffahrt eine außerordentliche Führerversammlung einberufen, die sich mit der Frage der zur Verhütung solcher Unfälle zu treffenden Maßnahmen befaßte. Beachtenswert in jener Hinsicht sind die Beschlüsse, durch die ein Hinaustreiben eines Ballons auf das Meer verhindert werden soll. Es wurde bestimmt, daß der Führer, dessen Ballon eine gewisse Zeit, deren Dauer von der Entfernung vom Meere abhängig ist, über einer geschlossenen Wolkendecke gefahren ist, heruntergehen müsse. Zuwiderhandlung soll streng bestraft werden und bei einem Hinausfahren aufs Meer Disqualifikation zur Folge haben.

Vermischtes.

Schwere Streikausschreitungen.

In Bischberg bei Bamberg hat der Ausstand der Arbeiter der Ton- und Ziegelwerke infolge von Lohnstreitigkeiten in den beiden letzten Tagen zu größeren Ausschreitungen geführt, da die Direktion die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligte. In dem betreffenden Fabrikgebäude wurden sämtliche Fensterscheiben eingeworfen und auch die am Eingang des Ortes befindliche Direktorwohnung mit Steinen bombardiert. Die Familie des Direktors ist nach Bamberg geflüchtet. Sonntag war die Gendarmerie der Umgebung zusammengezogen. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr festgesetzt. Als arbeitswillige italienische Arbeiter in drei Automobilen eintrafen, wurde mit ihrem Führer seitens der Ausständigen in Unterhandlungen getreten. Die Italiener verlangten eine Entschädigung von 2000 Mark vom Streikkomitee, dann wollten sie wieder abziehen. Die Verhandlungen waren am Montag noch nicht beendet.

Im Laufe des Sonntagabends soll auch auf Gendarmeriemannschaften mit Steinen geworfen sein, worauf die Beamten blinde Schüsse auf die Tumultanten, die in den Fabrikhof eingedrungen waren, abgaben. Die im Hof stehende Bogenlampe wurde in der Nacht durch Schüsse zerstört, so daß die Gendarmerieposten im Finstern stehen mußten.

Schwere Unwetter

werden aus Süd- und Westdeutschland und aus dem Auslande gemeldet. So haben am Sonntag wieder schwere Schneestürme im westlichen Teil der Rheinprovinz geherrscht, die in den Gartenkulturen großen Schaden verursachten. In der Eifel liegt der Schnee über einen halben Meter hoch. Mehrere Ortschaften sind durch Schneewehen vom Verkehr vollständig abgeschnitten.

Groß sind die

Verkehrsstörungen in der Schweiz.

Es wird darüber aus Bern, 27. März, gemeldet: Infolge des gewaltigen Schneefalls erlitt der Postverkehr und teilweise auch der Eisenbahnverkehr in den Bergen Störungen. Nach in Bern eingelaufenen amtlichen Meldungen mußte die Post über die Simplonroute zwischen Schutzhaus Nr. 1 und Iselle eingestellt werden, ebenso auf der Furkaroute zwischen Moerel und Oberwald. Zwischen Andermatt und Hospenthal (Kanton Uri) mußte die Post auf halbem Wege umkehren, der Neuschnee liegt dort 70 Zentimeter hoch, und die Lawinengefahr ist groß. Sämtliche Züge der elektrisch betriebenen Berninabahn (Graubünden) mußten auf der Nordseite den Betrieb einstellen, da die Hochspannleitung unterbrochen ist.

Weiter wird aus Ostende, 27. März, gemeldet: Seit vorgestern herrscht an der Küste heftiger Sturm, der gestern sogar das Auslaufen der Postdampfer unmöglich machte. Der Dampfer „Rubis" der Linie Tilbury—Ostende und der Dampfer „Alouette", die gestern hier einlaufen sollten, sind bis jetzt noch nicht angekommen. Das Fischerboot „Nr. 114" wurde vom Sturm gegen die Küste geworfen und vollständig zertrümmert. Glücklicherweise konnte die gesamte Mannschaft durch Rettungsboote ans Land gebracht werden. Auch an den Telegraphen- und Telephonleitungen hat der Sturm erheblichen Schaden angerichtet. Die Telegraphenverbindung mit Deutschland ist teilweise unterbrochen.

Schiffsstrandungen.

Kopenhagen, 27. März. Der heftige Schneesturm, der Sonnabend abend plötzlich über die Ostsee hereinbrach, hat zahlreiche Schiffsunfälle im Gefolge gehabt. In der Nacht ist der deutsche Schoner „Heinrich" aus Uetersen bei Rendsburg, der mit einer Maisladung von Hamburg nach Nyköbing auf Seeland bestimmt war, westlich von der Insel Laland gestrandet. Im Laufe des gestrigen Tages sind Rettungsdampfer nach der Strandungsstelle gegangen. Bei Gjedser strandete gestern vormittag der holländische Segler „Ebba" mit einer Zementladung aus Königsberg in dichtem Schneegestöber und befindet sich in gefährlicher Lage. Ferner strandete vormittags der große englische Dampfer „Cathcartparc" aus Greenock, der mit einer Kohlenladung nach Nakskov auf Insel Laland bestimmt war, in der Nähe seines Bestimmungsortes und sitzt dort fest. Mehrere Rettungsdampfer sind nach der Strandungsstelle abgegangen.

London, 27. März. Aus Scilly wird telegraphiert, daß der spanische Dampfer „Porman" auf den Klippen bei Sanct Martins gestrandet ist.

100 000 Mark im Eisenbahnwagen gefunden. Ein kostbarer Fund wurde auf der Station Büchen gemacht. Von einem Schaffner des dieser Tage dort um 6,50 Uhr von Berlin eintreffenden Personenzuges wurde in einem Abteil zweiter Klasse eine Damenhandtasche gefunden, in der sich Wertpapiere im Nominalbetrage von 100 000 Mark befanden. Die Tasche mit ihrem wertvollen Inhalt wurde sofort dem Fundbureau übergeben. Die Verliererin hat sich noch nicht gemeldet.

Oeffentliche, lautsprechende Straßentelephone sind in Deutschland in diesen Tagen zum ersten Male in Kiel aufgestellt worden und zwar in den Vororten zu Feuer- und Unfallmeldungen. Die Apparate sind in solchen, leicht zu öffnenden, eisernen Kästen untergebracht. Durch das Oeffnen der Türe erhält die Feuerwache schon die Mitteilung, daß jemand zu sprechen wünscht. Die Gespräche sind auch bei starkem Straßengeräusch gut zu verstehen. Gegen die sonst üblichen Feuermelder haben die Apparate den Vorzug, daß man gleich mitteilen kann, was gewünscht wird, und wo die Hilfe der Feuerwehr notwendig ist, so daß nicht erst nach der Meldestelle, sondern gleich nach der Unfallstelle gefahren werden kann.

Ein gefährlicher Typhusherd. In dem sechs Kilometer von Breslau entfernten Städtchen Hundsfeld sind im Hause des Totengräbers Goldmann Massenerkrankungen an Typhus vorgekommen. Bis jetzt sind von der Seuche 23 Personen ergriffen worden. Ueber die mutmaßliche Ursache des Ausbruchs der Infektionskrankheit wird gemeldet, daß hinter dem Hause, das Goldmann erst vor kurzem gekauft hat, ein tiefer Graben vorbeifließt, der schon lange nicht gereinigt worden und deshalb sehr stark verschmutzt war. Es ist aber auch möglich, daß durch das letzte Hochwasser schmutzige Fluten in den im Hofe befindlichen Pumpbrunnen eingedrungen sind und ihn stark verseucht haben.

Letzte Nachrichten.

Aus den Reichstagsverhandlungen.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 27. März. Zur Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission des Reichstages erfahren wir noch von unterrichteter Seite: Irgend etwas Neues ist dabei weder aus Abgeordnetenkreisen noch von der Regierung vorgebracht worden. Einen breiten Raum nahm eine Geschäftsordnungsdebatte ein, die der Abg. Ledebour durch Aufwerfen der Frage provozierte, ob nur die Regierungsvertreter oder auch Abgeordnete ihre Mitteilungen als vertraulich bezeichnen dürfen. Er nahm dabei auch Anlaß, über Soldatenmißhandlungen zu sprechen, wobei er zu einem für Deutschland ungünstigen Vergleich mit der Fremdenlegion gelangte.

Verleihung des Schwarzen Adlerordens.

h. **Berlin, 27. März. Der Kaiser hat dem Herzog von Udine, dem Sohn des Herzogs von Genua, der in Benedig in Garnison steht und den Kaiser ebenso wie der Herzog der Abruzzen dort begrüßte, den Schwarzen Adlerorden verliehen.**

Zur Hamburger Spionageaffäre.

Berlin, 22. März. Das Hirsch-Telegraphen-Bureau erfährt, daß in den hiesigen informierten Kreisen bisher nichts Näheres über die Hamburger Spionage-Affäre bekannt geworden ist. Es wird der Untersuchungsrichter zunächst festzustellen haben, ob es sich um eine eigentliche Spionage-Affäre handelt oder nicht etwa um eine Auskundschaftung von Geheimnissen, die zu geschäftlichen Zwecken verwendet werden sollte.

Versicherung der englischen Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität.

H. **London**, 27. März. Wie die „Daily News" mitteilt, hat der Schatzkanzler Lloyd Georges den Entwurf über die Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität ausgearbeitet. Der Entwurf wird kurz vor Ostern dem Parlament vorgelegt werden.

Unterhaltungsblatt.

Gräfin Laßbergs Enkelin. Roman von Fr. Lehne. (Forts.) — Neuer Frühling. Skizze von H. Abt. — Hundertmarkscheinkunst. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110328019/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 211,62, Diskonto 198,24, Deutsche Bank 262,75, Berliner Handelsgesellschaft 173,87, Dresdner Bank 164, Russische Anleihe von 1902 92,20, Türkenlose 179,24, Lombarden 19,62, Kanada 222,37, Baltimore 103,50, Laurahütte 175,50, Bochumer Guss 232,62, Gelsenkirchen 212,62, Harpener 186,12, Deutsch-Luxemburg 197,75, Phönix 249,26, A. E.-G. 270,62, Siemens & Halske 240,37, Hamburger Paketfahrt 141,87, Nordd. Lloyd 102,87, Gr. Berl. Strassenbahn 104,37, Warschau-Wiener 211,25. Tendenz: Fester.

Am Kassamarkt notierten höher: Lübecker Masch. 8,50, Stodick & Co. 7,75, Wittener Stahlröhren 2; niedriger: Omnibusges. 2,80, Wiesbadener Kronenbrauerei 3,50, Adler Fahrrad 6, Kasseler Federstahl 2, Flöther Masch. 2,25, Gaggenauer Eisen 2, Kronprinz Metall 6, Baer & Stein 4, Vogtländ. Masch. 3, Zeitzer Masch. 4,25, Anilinfabrik 4,25, Milch & Co. 1,50, Annaburger Steingut 3,25, Deutsche Gasglühlicht 4, Carl Lindström 2,50, Thörl Oelfabr. 3, Bergmann Elektr. 2, C. Lorenz 7,20, Girmes & Co. 3,50, Bismarckhütte 3,50, Buderus 2, Thale Akt. 2,50, Kyffhäuser 9,25, Westfälische Draht-Ind. 2, Vogol 3, Union chemische 3.

■

Zum Kurszettel. Berlin, 27. März. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 101,20G. 4% Bayrische Staats-Anl. 101,00b 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 101,80G. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 —,—. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 94,40b. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 94,00bG. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —,—. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 —,—. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 100,20bG. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 —,—. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 90,50bG. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 —,—. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —,—. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 1919 —,—. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII —,—. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. —,—. 4½% Deutsche Solvay-Werke 103,00B 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 104,60bB. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 102,50B. Vereingte Lausitzer Glashütten 398,00bG.

Londoner Börse vom 27. März. Es notierten: Engl. Konsols 81,87, Rio Tinto 67,25, Geduld 1,30 Goldfields 5,30, Steel com. 80,56, Steel prefs. 122,50, Rand Mines 7,78, Anaconda 7,87, Eastrand 4,71, Chartered 1,59, Aurora West 0,71, Cinderella Cons. 1,75, Johannesburg Goldfields 0,34, Van Ryn 4,31, Aluus (Generals) 1,71, Rand Collieries 0,81, West Rand Consols 21/3, General Mining & Fin. 1,72, A. Görz & Co. 1,15, Modderfontain 12,06.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 27. März.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Adolfsglück-Aktien.	62,00	64,00	Johannashall	6075	6175
Alexandershall	14,100	14,300	Justus-Aktien	105,00	106,00
Beienrode	6900	7000	Kaiseroda	119,00	121,00
Bismarckshall-Akt.	135	136	Krügershall-Aktien	130,50	131,50
Burbach	16,500	16,700	Ludwigshall-Aktien	87	89,00
Carlsfund	7800	7900	Neusollstedt	2700	2750
Deutsche Kali-Akt.	156,50	157,50	Neustassfurt	14,300	14,600
Friedrichshall-Akt.	115,00	116,00	Nordhäuser Kali-A.	125,50	126,50
Glückauf-Sondersh.	22,000	22,200	Prinz Adalbert-Akt.	40	42
Grossherz. v. Sachsen	10500	10600	Reichskrone (Lossa)	1450	1500
Günthershall	6250	6350	Richard	1300	1325
Hannov. Kali-Aktien	89	90,00	Ronnenberg-Aktien	126,00	127,00
Hansa Silberberg	5750	5825	Rothenberg	3700	3750
Hattorf-Aktien	143,00	144,00	Sachsen-Weimar	8450	8550
Heiligenroda	8200	8300	Salzdetfurth-Aktien	245,00	249,00
Heldburg-Aktien	86,75	87,75	Salzmünde	56,0	5750
Heldrungen I	2950	3000	Siegfried I	6400	6500
Heringen	7200	7300	Siegmundshall-Akt.	181,00	184
Hermann II	3700	3775	Teutonia-Aktien	116¼	117¼
Hohenfels	8500	8600	Walbeck	7300	7400
Hohenzollern	7350	7450	Wilhelmshall	14,000	14,200
Hugo	8750	8850	Wintershall	22,000	22,500
Immenrode	6200	6300			

Vom internationalen Zuckermarkt.

Während der abgelaufenen Berichtswoche herrschte an den Zuckermärkten starke Erregung. Die Kurse waren plötzlichen Veränderungen unterworfen, und das gleiche war in bezug auf die Tendenz der Fall. Der Zuckermärkte hatte sich eine nervöse Grundstimmung bemächtigt; es lastete auf ihnen das Gefühl der Unsicherheit, die daraus resultierte, dass die Entwicklung der Preise sich in der letzten Zeit sprunghaft vollzogen hatte und dass ein Rückschlag nach Uebertreibungen nie ausbleiben kann. Erneute Deckungen und englische Bedarfsfrage, die auch die festländischen Interessenten zu Erwerbungen anspornten, veranlassten eine Heraufsetzung der Kurse, die die Sommersichten bis über die 11 Mark-Grenze hob. Grossspekulation und Rohzuckerproduzenten benutzten die Gelegenheit zu sehr umfangreichen Abgaben, und als schliesslich das Deckungsbedürfnis immer kleiner wurde, überwog das Angebot, so dass die Preise mehrfach scharf herabsanken, zunächst aber immer wieder gehoben werden konnten. Es kamen Kursschwankungen bis zu 30 Pfg. pro Zentner heraus. Schliesslich trat von neuem scharfer Rückgang ein, der die Werte von ihrem Höchststande um Mitte der Berichtswoche stark herabdrückte und den anfänglich sehr bedeutenden Gewinn der Woche noch in einen kleinen Verlust umwandelte.

Die statistischen Verhältnisse zeigen folgende Veränderungen: Der Hamburger Lagerbestand vermehrte sich um 10 100 (Vorjahr Abnahme um 30 600) Sack und beträgt nunmehr 264 800 (Vorjahr 422 400) Sack. — Die englischen Vorräte stellen sich nach einer Verminderung um 33 500 (Vorjahr Zunahme um 9300) Doppelzentner auf 425 400 (Vorjahr 613 000) dz. — Die Stocks in der amerikanischen Union haben um 36 000 (Vorjahr 13 000) Tons zugenommen und betragen nunmehr 16 300 (Vorjahr 262 000) Tons. — Die cubanischen Vorräte nahmen um 19 000 (Vorjahr 13 000) Tons zu und erreichen jetzt die Höhe von 264 000 (Vorjahr 327 000) Tons. — Die sichtbaren Weltvorräte stellen sich nach einer rechnerischen Zunahme um rund 51 500 (Vorjahr 24 000) Tons auf 3 471 000 gegen 3 118 500 Tons zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Am Kornzuckermarkte wechselte die Haltung anfangs zwischen stetig, ruhig und fest, verflaute aber gegen Schluss der Woche beträchtlich, so dass ein erheblicher Teil des anfänglich sehr bedeutenden Gewinnes wieder verloren ging. Die Anregung zu der anfänglich stattgefundenen Heraufsetzung der Preise kam von England. Von dort wurden fortgesetzt Kaufaufträge an die festländischen Märkte gelegt, wodurch namentlich die Raffinerien Deutschlands und Oesterreichs ebenfalls zu festerem Eingreifen veranlasst wurden. Dann liess die englische Frage nach, und die allgemeine Stimmung verflaute. Allerdings zogen die meisten Produzenten vor, die Angebote aus dem Markte zu nehmen, aber vereinzelt willigten sie doch in niedrigere Preise, so dass solche zur Feststellung kommen konnten. Bei flauem Schluss ergibt sich für Erstprodukte trotzdem noch ein Wochengewinn von 25—30 Pfg. pro Zentner, während Nacherzeugnisse 35 Pfg. gewannen. — Am Terminmarkte ergibt sich nach mehrfachen sehr bedeutenden Schwankungen bei schwachem Schluss ein Wochenverlust von 10—15 Pfg. pro Ztr. — Am Raffinademarkt herrchte grösstenteils ruhige Haltung. In neuer Ernte kamen einige Abschlüsse zustande. England nahm anfangs nennenswerte Posten auf.

Zusammenschluss in der rumänischen Petroleumindustrie.

Die geplante Verschmelzung der drei rumänischen Petroleumgesellschaften Regatul Roman, Astra und Astra Romana, an denen bekanntlich erste deutsche Banken interessiert sind, soll dem „Lok.-Anz." zufolge nunmehr zum Abschluss gebracht werden. Die Aktionäre dieser drei Gesellschaften werden nämlich zu ausserordentlichen Generalversammlungen zwecks Genehmigung dieser Transaktion einberufen, und zwar handelt es sich bei der Astra Romana um eine Kapitalserhöhung, bei Astra und Regatul Roman um die Beteiligungen dieser Kapitalserhöhung sowie bei der letzteren Gesellschaft ausserdem um ihre Auflösung.

Das Aktienkapital der Astra Romana wird zu diesem Zweck von 29,4 Millionen Frank auf 60 Millionen Frank erhöht, hiervon werden bis zu 44 Millionen Frank Aktien ausgegeben, während die restlichen 16 Millionen Frank vorerst im Portefeuille verbleiben. In der Summe von 14,6 Millionen Frank ist enthalten der Aktivwert der Astra sowie der Regatul Roman und das für den Betrieb erforderliche neue Kapital.

In der Generalversammlung der Dresdner Bank bemerkte Geheimrat Gutmann über die Aussichten der Bank: „Nach der ganzen Natur unseres Geschäfts, das auf dem regulären Bankgeschäft aufgebaut ist, wird eine weitere erferuliche Hebung auch für fernerhin in Aussicht zu nehmen sein. Die Umsätze sind bereits in den ersten drei Monaten wieder beträchtlich gestiegen, grössere Posten Aktien konnten zu höheren Preisen abgestossen und auch einige andere grössere Geschäfte erfolgreich abgewickelt werden.

Betriebsvereinigung zweier zum Schaaffhausenkonzern gehöriger Kaliwerke. Die Kaligewerkschaften Aller-Nordstern und Aller-Hammonia haben Verträge geschlossen, nach denen sie miteinander durchschlägig werden und sich zum gemeinsamen Betrieb der von Aller-Nordstern erbauten Chlorkaliumfabrikanlage sowie weiterhin zu einer Vereinigung im Sinne des § 6 des Kaligesetzes zusammenschliessen. Aller-Nordstern stellt auch Aller-Hammonia ihre Kraftzentrale zur Verfügung.

Kaligewerkschaft Rothenberg. Die beiden Werke Hedwigsburg und Neuhof erbrachten in 1910 einen Gewinn von 1 682 503 Mark. Derselbe wird im laufenden Jahre voraussichtlich erheblich höher sein. Im Januar hat das Geschäft ungünstig begonnen, dagegen hat sich dasselbe in den Monaten Februar und März sehr belebt und der Grubenvorstand glaubt, dass für das laufende Quartal ein ausserordentlich günstiges Ergebnis auf den beiden Werken erzielt wird.

In der Generalversammlung der Metallwerke, Akt.-Ges. vorm. Luckau & Steffen in Hamburg erklärte der Vorstand, dass man mit voller Beschäftigung bei gebesserten Preisen in das neue Geschäftsjahr eingetreten sei. Das Werk arbeite augenblicklich wesentlich besser als im Vorjahre. Die Dividende wurde auf 2 Proz. festgesetzt.

Eine Kapitalserhöhung der Hoffmann-Stärkefabriken steht bevor. Es sollen 500 000 Mk. neue Aktien ausgegeben werden.

Die geplante Betriebsreduktion der englischen Baumwollspinner ist abgelehnt worden, da anstatt der erforderlichen 90 nur 80 Proz. Spindeln dafür stimmten.

„Nordstern" Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin. Das verflossene Geschäftsjahr übertrifft in der Neuproduktion und besonders auch im finanziellen Ergebnis sämtliche Vorjahre. Es waren neue Anträge über 61,59 Mill. Mk. Kapital (4,5 Mill. mehr gegen 1909) zu erledigen. Neuabgeschlossen wurden 10 964 Versicherungen über 55,86 Mill. Mk. Kapital (3,7 Millionen mehr als in 1909) und 302 575 Mk. Jahresrente. Der Jahresüberschuss stellt sich auf 4 342 515,21 Mk. (546 456 Mk. mehr gegen das Vorjahr). Es wird vorgeschlagen, hiervon den mit Gewinnanteil Versicherten 3,34 Mill. Mk. (im Vorjahre 2,97 Millionen Mark) und ausserdem 217 337,23 Mk. (gegen 91 800,56 Mark im Vorjahre) den besonderen Gewinn-Ausgleich-Reserven zu überweisen. Damit erhöhen sich die gesamten Gewinn-Reserven auf 11 570 364,69 Mk. Die Aktionäre erhalten 180 Mk. für jede Aktie wie in den Vorjahren.

Die „Nordstern, Unfall- und Haftpflicht-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft" erzielte einen Ueberschuss von 448 578,65 Mark (gegen 380 141,83 Mk. im Vorjahre). Der Gewinn gestattet die Zahlung einer Dividende von 12 Proz. des eingezahlten Aktienkapitals bei Ueberweisung von 238 159,03 Mk. an die Reserven.

Deutsche Treuhandgesellschaft in Berlin. In der Generalversammlung, die die Dividende auf wiederum 15 Proz. festsetzte, berichtete Bankdirektor von Gwinner, dass auch im laufenden Jahre das Geschäft eine recht günstige Entwickelung nehme. An Stelle zweier ausscheidender Mitglieder wurden in den Aufsichtsrat Direktor Emil Wittenberg (Nationalbank für Deutschland) und Direktor Dr. Adolf Endemann (Hannoversche Bank) neu gewählt.

In dem Konkurse des verstorbenen Pelzwarenhändlers Paul Otto Witzleben in Leipzig steht die Schlussverteilung bevor. Verfügbar sind 235 000 Mk. bei nahezu 2 Mill. Mk. vorrechtslosen Forderungen. Die Abschlagsquote betrug 12½ Proz.

Waren und Produkte.

Wochenbericht von Jonas Hoffmann.

Neuss, den 24. März 1911.

Die Landzufuhren in Weizen und Roggen sind klein und werden daher zu letztnotierten Preisen gerne gekauft. Hafer und Gerste werden bei reger Bedarfsfrage höher bezahlt, während Mais still und lustlos liegt. Der Absatz in Weizen- und Roggenmehl ist ein schleppender, indes zeigen beide Artikel keine nennenswerten Preisveränderungen. Weizenkleie ist lebhafter gefragt und anziehend. Tagespreise: Weizen bis 197 Mk., Roggen bis 152 Mk., Hafer bis 154 Mk. die 1000 kg. Weizenmehl Nr. 000 ohne Sack bis 27 Mk., Roggenmehl ohne Sack bis 22,25 Mk. die 100 kg. Weizenkleie mit Sack bis 4,35 Mk. die 50 kg.

Rübölsaaten verkehrten bei schwächeren Preisen in sehr ruhiger Haltung. Die indischen Verkäufer zeigen infolge günstigerer Witterungsberichte ein grösseres Entgegenkommen, wohingegen die Käufer Zurückhaltung bekunden. Leinsaaten erfuhren gleichfalls einen stärkeren Preisrückgang, der zur Hauptsache auf vermehrtes Angebot von Indien zurückzuführen ist. Die Umsätze sind gering. Auch Erdnüsse zeigen eine nachgiebige Haltung. Nahes Leinöl bleibt andauernd knapp und gesucht, während für spätere Lieferung trotz erheblich billigerer Forderungen nur schwache Kauflust besteht. Erdnussöl ist nur schwer und unter Herstellungswert verkäuflich. Rüböl ist gleichfalls billiger erhältlich. Rübkuchen sind zu den gewichenen Preisen mehr beachtet. Tagespreise bei Abnahme von Posten: Rüböl ohne Fass bis 61 Mk. ab Neuss, Leinöl ohne Fass bis 93 Mk. die 100 kg, Frachtparität Geldern. Erdnussöl ohne Fass aus Coromandelnüssen bis 62 Mk. die 100 kg ab Neuss.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 27. März. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 195,00—196,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländ. 147,00—147,50 ab Bahn und frei Mühle. Hafer märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussisch., posenscher und schlesischer fein 171—180, mittel 164—170, gering 159—163, russisch. und Donau mittel 157—167, gering 153—158 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed 133—139, neuer abfallender 128 131 runder 138,00—143,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 144,00 161,00, gute 162—173, russische und Donau leichte 137,00—141,00, schwere 142—146 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware mittel 153—159, Taubenerbsen 160 168 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 24,00 bis 26,75. Roggenmehl 0 und 1 18,60—20,80. Weizenkleie 9,75—11,10 Roggenkleie 9,50—10,25.

Hamburg, 27. März. (Getreidemarkt.) Weizen still, Ostholst. Mecklbg., 196—198. Roggen ruhig, Mecklburg. und Pomm. 150—156. Gerste ruhig, südruss. 118—120. Hafer stetig, Holsteiner. — — —. Mecklenburger — — —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 162 bis 175. Mais still. La Plata 101—102 mixed 98—99.

Liverpool, 27. März. Roter Winterweizen per Mai 6,8⅛, per Juli 6,7⅜. Still. Mais, amer. Mai 4,3⅜, La Plata Juli 4,4⅞. Still.

Antwerpen, 27. März. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per März —, Mai 5,82½, Juli 5,77½, Septbr. 5,70. Novbr. 5,62½ Fr. Umsatz 145,000 kg. Still.

Pest, 27. März. Weizen per April 11,66 G., 11,67 B., per Mai 11,44 B., 11,45 B., per Okt. 10,78 G., 10,79 B. Roggen per April 8,16 G., 8,17 B., per Okt. 8,00 G., 8,01 B. Hafer per April 8,48 G., 8,49 B. Mais per Mai 5,56 G., 5,57 B. Raps Aug. 13,70G., 13,80 B.

Zucker.

Hamburg, 27. März. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per März	10,35	10,40	10,47½ M.
„ Mai	10,45	10,50	10,55 „
„ August	10,62½	10,65	10,70 „
„ Oktober	9,95	9,97½	10,00 „
„ Dezember	9,92½	9,92½	9,95 „
„ Januar-März	10,10	10,07½	10,10 „
	ruhig	stetig	stetig

Kaffee.

Hamburg, 27. März. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	54¼ G.	54½ G.	54½ G.
„ Mai	54¼ G.	54 G.	54 G.
„ September	52½ G.	52½ G.	52½ G.
„ Dezember	51 G.	51 G.	51 G.
	ruhig	behauptet	behauptet

Havre, 27. März. Kaffee good average Santos per März 65¾, per Mai 65¾, per Sept. 65¾, per Dez. 65. Still.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 27. März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 20,50 21,00. Ruhig.

Berlin, 27. März. Kartoffelmehl u. -Stärke 20,00—20,50. Feuchtes Kartoffelmehl 10,60.

Spiritus.

Nordhausen, 27. März. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—160 l) 87,75—88,75 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 98,00—99,00 M. per loko und März-September 1911 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 27. März Rüböl loko 65,00, per Mai 63,50.

Hamburg, 27. März. Stadtschmalz 53,00, amerik. Steam 43,25, Chamberlain 45,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 27. März. Chilisalpeter per loko 9,62½, Febr.-März 9,27½ frei Fahrzeug Hamburg. Still.

Wolle.

Bremen, 27. März. Baumwolle stetig. Upl. loko middl. 73,50 Pfg.

Liverpool, 27. März. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, Import —,— Ballen, davon Amerikaner —,— Ballen.

Liverpool, 27. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 9,47.

Alexandria, 27. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 18,09, Juli 18,08, Nov. 18,03.

Metalle.

London, 27. März. Chili-Kupfer träge 54⅜, 3 Mon. 55, Zinn Straits unregelm. 186, 3 Mon. 184½. Blei span., träge 13 1/16, engl. 13⅜. Zink, gewöhnliche Marke, träge 23, spez. Marke 24.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	27.3.	25.3.	Chicago.	27.3.	25.3.
Weizen p. Mai	95⅛	95⅜	Weizen p. Mai	88	88⅝
„ „ Juli	94½	94⅞	„ „ Juli	88	88¼
Mais p. Mai	55⅛	55	Mais p. Mai	48⅛	47⅝
„ „ Juli	56½	56¾	„ „ Juli	49¾	49⅞
Mehl Spring clears	3,70	3,70	Hafer p. Mai	30¼	30¼
Kaffee Fair Rio Nr. 7	12⅜	12⅜	„ „ Juli	30¾	30⅝
„ p. März	10,49	10,47	Roggen p. Jan.	91¾	91¾
„ p. April	10,49	10,47	Schmalz p. Mai	8,65	8,65
Petroleum in Cases	8,90	8,90	„ „ Juli	8,62	8,57
do. in New York	7,40	7,40			
do. in Philadelphia	7,40	7,40			

Tendenz: Weizen stetig. Mais fest.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Nordamerika: Batavia, von Baltimore kommend, 23. März 7 Uhr 10 Min. abends Bishop Rock passiert. Kaiserin Auguste Viktoria, von New York kommend, 24. März 1 Uhr morgens von Plymouth. Pennsylvania 23. März 4 Uhr nachm. von New York direkt nach Hamburg. President Grant, von New York kommend, 23. März 12 Uhr 30 Min. mittags von Cherbourg. Pretoria, nach New York, 23. März 11 Uhr 35 Min. morgens Cuxhaven passiert. — Westindien, Mexiko, Südamerika: Bavaria, von Mexiko kommend, 23. März 6 Uhr abends von Vigo. Habsburg, von Mittelbrasilien kommend, 23. März nachm. von Teneriffa. La Plata, nach Havana und Mexiko, 23. März 3 Uhr nachm. von Antwerpen. Niederwald, von Westindien kommend, 24. März 5 Uhr morgens Lizard passiert. Rhaetia, von Nordbrasilien kommend, 23. März 1 Uhr morgens von Havre. Sardinia 23. März in Colon. Sevilla, nach dem La Plata, 21. März von Teneriffa. Sicilia, nach Westindien, 23. März 1 Uhr 30 Min. morgens Cuxhaven passiert. — Ostasien: Aragonia 23. März von New York nach Port Said. Bayern, ausgehend, 23. März 12 Uhr mittags in Port Said. Rheinfels 23. März 6 Uhr abends von Moji nach Kobe. Senegambia, ausgehend, 23. März in Hongkong. Sithonia, ausgehend, 23. März 1 Uhr morgens Gibraltar passiert. — Verschiedene Fahrten: Arabia, nach Indien, 25. März 4 Uhr nachm. Gibraltar pass. Durendart, nach Persien, 23. März von Suez. Louise, ausgehend, 23. März in Bushire. Vergnügungsdampfer Meteor, vierte Mittelmeerfahrt, 23. März 5 Uhr nachm. in Villafranka.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	25. März	+0,69	26. März	+0,69	—	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,16	„	+2,18	—	2
„ Unterpegel	„	+1,54	„	+1,54	—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,52	„	+2,52	—	—
„ Unterpegel	„	+0,52	„	+0,60	—	8
Trotha	26.	+2,10	27.	+2,08	2	—
Alsleben, Oberpegel	25.	+2,48	26.	+2,46	2	—
„ Unterpegel	„	+1,74	„	+1,68	6	—
Bernburg	„	+1,28	„	+1,30	2	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,64	„	+1,63	1	—
Unterpegel	„	+1,12	„	+1,10	2	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	März		Fall	Wuchs		März		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	25.	+0,50	—	1	Wittenberg	26	+2,75	—	5
Laun	„	+0,42	—	13	Rosslau	„	+3,17	—	4
Budweis	„	+0,20	—	2	Barby	„	+2,37	—	—
Prag	„	—	—	—	Schönebeck	„	+2,18	2	—
Pardubitz	„	+0,42	—	10	Magdeburg	„	+1,97	—	5
Brandeis	„	+1,26	—	7	Tangermde.	„	+2,91	5	—
Melnik	„	+0,84	—	14	Wittenbrge.	„	+2,76	6	—
Leitmeritz	26.	+1,02	—	8	Dömitz	25.	+2,39	6	—
Aussig	„	+1,34	—	6	Boizenburg	„	+2,29	10	—
Dresden	„	— 0,10	—	24	Hohnstorf	„	+2,44	1	—
Torgau	„	+2,02	—	16	Lauenburg	26.	+2,46	6	—

Aussig, 23. März. Pegelstand plus 134 cm. Vom Oberlauf werden 85 cm Wuchs gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110328019/fragment/page=0005

Berliner Börse, 27. März 1911

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

J 1.Jan.1.7.	*4* 1.Apr.1.10.	*7* 1.Juli 1.1.	*O* 1.Okt.1.4.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q* quartaliter 1.1.4.7.10.
F 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q* do. 1.2.5.8.11.
M 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q* do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4 %, Lombardzinsfuß 5 %, Privatdiskont 3¼ %.

* bedeutet einschliesslich Dividende. Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt.Rchs.Sch.	*d*	4	100.25G
do. 1.4.12	*d*	4	100.25G
do. 1.12	*a*	4	100.25bG
Pr.Schatz 12	*a*	4	100.25B
do. 13	*d*	4	100.50bG
Dt.Rchs.-Anl	*v*	3½	94.00bG

Deutsche Pfandbriefe

Worms. 01	*a*	4	99.90B
Berlin. Pfdb.	*a*	5	118.80B
do. do.	*a*	4½	106.29b
do. do.	*a*	4	105.00bG
do. do.	*a*	3½	99.90b
do. neue	*a*	4	100.20b
do. do.	*a*	3½	91.90b

Renten-Briefe

Stadt-, Kreis- etc. Anleihen

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Strassen- u. Kleinbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

Obligat. industr. Gesellsch.

Bank-Aktien

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Wechselkurse

Gold, Silber, Banknoten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110328019/fragment/page=0006
DFG